

54. Jahrgang

1-2021

€ 5,00

WAS UNS BLÜHT

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Dieter Eich. Ein Leben als Abenteuer
- 4** *Hans Hubbertz*
Der theologische Blackout der EKD in der Pandemie – oder: ‚Moderna geht’s nimmer‘

SCHWERPUNKT: Was uns blüht

- 5** *Mamadou B., Geflüchteter aus Guinea,*
berichtet ...
- 6** *Robert Bosshard*
Urs Jaeggi
- 7** *Ulrich Grober*
Blauer Himmel, grüne Lungen – vom Wert der Gemeingüter
- 8** *Jürgen Schneider*
Mit wem ich einen gewissen Weg gemeinsam gehen kann? Persönliche Einblicke eines wohnungslosen Menschen von Nov. 2020 bis Jan. 2021
- 9** *Ricarda Urban / Hannah Chantrain*
Corona, Zoom und Zahnfleisch – Der verworrene Weg ins Studium
 Erfahrungen zweier dezent gestresster Erstsemester
- 10** *Marion Lillig*
Brief an einen Wanderer
- 11** *Lea Guse*
„In fünf Minuten kommt die Bahn – wir müssen los!“ Der ganz normale Alltag in einem Leben ohne Auto & Führerschein
- 11** *Rolf Euler*
E-Scooter – Rollerinvasion im Revier
- 12** *Björn Ahaus / Claudia Harfst / Anna Laura Schnieber / Stephan Rütt*
Essen steigt auf – Die Grundlagen für den Erfolg des Bürger:innen-Begehrens RadEntscheid Essen

- 13** *Stefan Hochstadt*
Die Zeit ist reif. Verkehrswende jetzt!
- 14** *Sebastian Müller*
VONOVIA: piekfeiner Dax-Konzern, immer auf’s Plündern seiner Mieter aus
- 15** *Dina Jankowski*
Feldwiese bleibt!
- 16** *Freddy Schoknecht*
Nach Kohle und Stahl: Müll-Deponien statt Naherholung – Das große Geschäft mit dem Giftmüll
- 17** *Helgard Althoff*
Gegen Mülltourismus in den Bochumer Norden
- 18** *Robert Bosshard*
Der politische Frühling!
- 19** *Peter Strege*
Lob der Brache,
- 20** *Tomas Grohé*
Statt Sand- und Kiesraubbau: Bauen mit Holz

1wurf

- 21** *Johanna Fleischhauer*
Deutsch lernen in Djibouti?

Menschenorte 47

- 22** *Rolf Euler / Hartmut Dreier*
Ökobauer Theo Schürmann – Theos Farm in Oer-Erkenschwick

Palästina

- 23** *Norman Paech*
Das Ende von Oslo: Eine neue EU-Strategie für Israel-Palästina

Impressum ...	Seite 6
Abo-Bestellschein ...	Seite 6
Lesetipps ...	Seiten 10, 16, 18, 19, 20
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Nach dem Corona-Winter freuen wir uns auf den Post-Corona-Frühling. Aber es wird keine Zeit mehr geben, als hätte es diese Pandemie nie gegeben! Das ist auch für uns ein weiterer Anlass, zu klären und auszuprobieren, was zu ändern ist – schon längst und nun erst recht. Dazu brauchen wir Debatten, die Weisheit der Vielen, auch die Bereitschaft, auf den persönlichen Vorteil zu verzichten, die Dringlichkeit von praktischen und theoretischen Alternativen.

Als **AMOS** bewegen wir uns widerborstig, mit einem Blick von links-unten. Im Ruhrgebiet als einer Beispiel-Region von Strukturbrüchen-ohne-Ende in Mitteleuropa. Wir hatten dieses neue Heft mal „Frühling im Ruhrgebiet“ genannt, fanden das aber zu glatt und entschieden uns zu „Was uns blüht“ als Schwerpunkt. Da schwingen mit die Blüh-Wiesen, die Insekten und Bienen an den helleren, längeren Tagen im Frühling, aber es ist auch ein Warnruf, aufzupassen: Grundrechte, volle Demokratie, Gleichheit und „gutes Leben“ und die Natur sind immer bedroht. In den kommenden Heften in 2021 gehen wir weiter darauf ein.

Dieser Frühjahrs-**AMOS** blättert sich auf: viel-stimmige aktuelle Originalbeiträge laden ein zu Themen: Flucht, Mobilität, Wohnen, Müll, Visionen, um nur einige zu nennen. Trotz mannigfaltiger Gründe, an der Welt und ihren Akteuren zu verzweifeln, trotz vieler Anlässe, einfach zu sagen „Ihr könnt mich alle mal“, gelingt es, die-

sen Reflex zu überwinden und produktiv zu wenden. Auch wenn die Lage der Welt in die Verzweiflung treiben mag, es gibt immer einen Grund, sich aus ihrem eisernen Griff zu befreien und zu sagen „Jetzt erst recht“. Das ist unser Glaube an die Zukunft. Denn wenn die Nacht am tiefsten, ist der Tag am nächsten. Die Autor:innen dieser Ausgabe eint diese Lust auf „So nicht weiter!“, die Lust auf „gutes Leben“ und auf Zukunft, auf eine Welt, in der wir und alle, die nach uns kommen, gut, zufrieden und in Frieden, in Solidarität und in Gesundheit mit allen leben können.

Wir begrüßen Hans Hubbertz als neuen sozialetischen Kolumnisten; Wolfgang Belitz, selbst Kolumnist von 1998 bis 2020, nahm ihn für **AMOS** an die Angel. Danke!

Beim „1wurf“ – also beim „Blick von außen“ – begrüßen wir in diesem Jahr das Duo Johanna Fleischhauer (immer schon in Hattlingen) und Ralf Syring (derzeit in Tansania) zu afrikanischen Themen.

Mitten in diesem **AMOS** findet sich als Beihefter „Verkehrswende – Ein Manifest“, prägnant auf den Punkt gebracht von Carl Waßmuth/Winfried Wolf in Kooperation mit dem Verlag PapyRossa (Köln).

Bitte überweist alsbald das Abo laut beiliegender Rechnung (gerne darf es auch etwas mehr sein!).

Wir wünschen angenehme Lektüre – zu Ostern, dem aufständischen Fest – warum nicht mit einem Blick in Goethes Faust/ Oster-spaziergang?

AMOS

Hermann Schulz

Dieter Eich

Ein Leben als Abenteuer

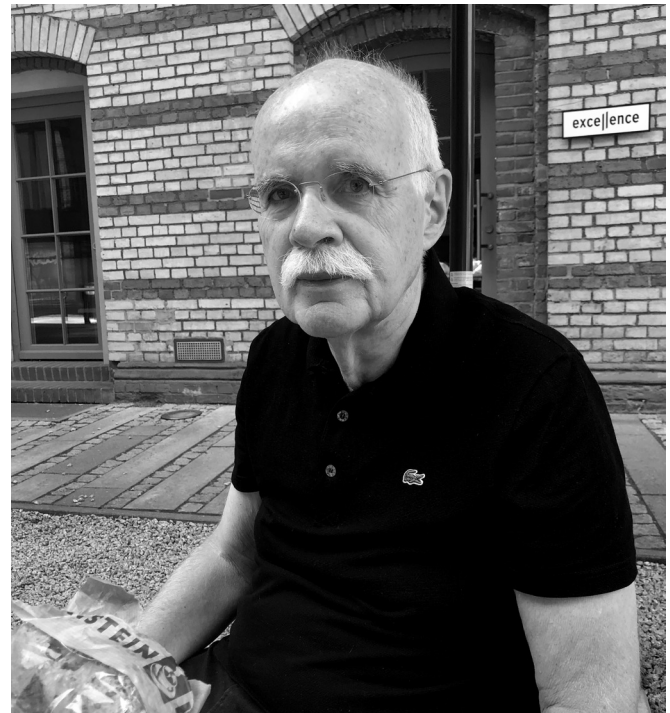
Über den Mann namens Dieter Eich, der zuletzt in Hilden im Rheinland mit seiner Frau Maria Springenberg-Eich wohnte, verbinden mich Erinnerungen an zahlreiche Abenteuer und Anekdoten. Wir sind uns zuerst 1980 in Nicaragua begegnet, als er der Beauftragte des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED) wurde. Meine Beziehungen zu diesem Land begannen schon 1969, als Verleger hatte ich Bücher von Ernesto Cardenal und Sergio Ramírez, dem späteren Vize-Präsidenten, herausgebracht. Daraus wurde im Laufe der Jahre ein Engagement für Befreiung des Landes von der Diktatur der Somozas.

Im Jahr 1980 feierte die (linke) Welt den 160. Geburtstag von Friedrich Engels. In meinem Büro saßen an einem Nachmittag zwei Journalisten für ein Interview zum Thema Engels; wir hatten einen dicken Reader mit Engels-Texten (mit Helmut Hirsch) herausgegeben. Da erfuhr ich am Telefon von Friedrich K. Zelter (Nachkomme des berühmten Komponisten und Goethe-Freundes), die Stadt Bremen würde das Fährschiff Gröpeln austragieren. Wenn diese Fähre für Nicaragua interessant sei, möge ich doch sogleich Henning Scherf, damals Bürgermeister von Bremen, anrufen. Der Deal kam zustande, großmütig sagte ich zu, für die Kosten des Transportes nach Nicaragua zu sorgen. Ein Telefonat mit der kubanischen Botschaft reichte aus, man würde die Fähre Gröpeln oben auf einen ihrer Übersee-Dampfer stellen und vor der Karibik-Küste vor der Geisterstadt San Juan del Norte absetzen. So geschah es! Die beiden Journalisten, die die Telefonate mitbekommen hatten, besorgten sich im WDR den Auftrag, die Reise zu filmen.

Alles schien problemlos zu verlaufen. Aber Nicaragua litt in jenen Jahren unter den Überfällen der Contra-Bewegung, die gegen die Revolution gerichtet war. Kurz vor dem Ort El Castillo gab es einen Überfall. Die Gröpeln wurde auf den Grund des Flusses Rio San Juan versenkt.

Diese Nachricht gelangte auch an Dieter Eich in Managua, der (außer seinem Doktor in Philosophie) eine Ausbildung als Schlosser und Ingenieur hatte und Erfahrungen in mehreren Entwicklungsländern. Zusammen mit Freunden von Medico-International brachte er es fertig, die Gröpeln zu heben und wieder flott zu machen.

Wir sahen uns später regelmäßig in Hilden, wenn Karl Ludolf Hübner, Journalist aus Montevideo, zu Besuch in Deutschland war, und gemeinsam mit der Kölner Journalistin Ursula Junk, die lange in den USA gelebt hatte. Da liefen wundersame Erfahrungen aus aller Welt zusammen, von Aufenthalt und Reisen in Amerika, Lateinamerika und Afrika, Begegnungen mit Eduardo Galeano, Francis Bebey, Ngugi wa Thiong'o, Ernesto Cardenal, Sergio Ramírez und vielen mehr. Wir sahen uns oft nur einmal im Jahr, aber es waren immer besondere reiche Abende, die nun zu Ende gegangen sind. Ursula Jung starb schon vor einigen Jahren und im Dezember 2020 ist Dieter Eich von uns gegangen; er wurde 74 Jahre alt. Seine Freunde aus Nicaragua schickten E-Mails an mich und seine Frau Maria, wunderbare Botschaften und Be-



kundungen von Trauer und Verehrung, denn in jenem Land hat er viele Spuren hinterlassen. Es kommt nicht häufig vor, dass man über einen deutschen Regierungsvertreter in einem fremden Land so positiv berichten kann.

Zu meiner Überraschung brachten Eich und Hübner Themen auf den Tisch, die uns gemeinsam jahrelang beschäftigten: Die Frage nationaler Identität zum Beispiel nach der Loslösung von Österreich nach der Reichsgründung 1871 oder dem Verlust der deutschen Ostgebiete 1945. Damals entstand für den Peter Hammer Verlag der Plan für eine Buchreihe mit dem Titel „Reihe Hambach“ (in Erinnerung an das berühmte Hambacher Fest), die mit einem Titel von Dorothee Sölle („Ein Volk ohne Vision geht zu Grunde!“) startete und einem weiteren von Hannes Bahrmann und Christoph Links („Wir sind das Volk!“). Da zeigte sich, stelle ich rückblickend fest, ein starkes, für mich unerwartetes Interesse dieser beiden Weltbürger an nationalen Fragen, die damals in den 80er Jahren kaum gestellt wurden, schon gar nicht bei ausgewiesenen Linken.

In jenen Jahren begann Dieter Eich, über ein Romanprojekt zu sprechen, das ihn jahrelang beschäftigte – und das er nie abgeschlossen hat! Hunderte oder mehr Seiten finden sich in seinem Nachlass. Ich hatte schon früh den Verdacht, dass es für ihn (dessen Träume und Visionen ich kannte) schwierig sein würde, sie in eine Geschichte, eine Sprache zu zwingen! Ich bin trotzdem sicher, dass sich in den Texten, die er hinterlassen hat und die ich gelegentlich lesen werde, kostbare Perlen finden.

Hermann Schulz lebt als Pensionär und Autor in Wuppertal. Im Herbst dieses Jahres wird (nach drei Jahren Arbeit) sein Roman „Therese. Das Mädchen, das mit Krokodilen spielte“ erscheinen.

Hans Hubbertz

Der theologische Blackout der EKD in der Pandemie – oder: ‚Moderna geht‘s nimmer‘

Während der gesamte Planet mit den Folgen der COVID-19 Pandemie zu kämpfen hat, kann man sich über die unverkennbare Dürre der theologischen Botschaften der offiziellen Amtskirche nur wundern.

Dabei ist die Gesamtlage ein regelrechtes Desaster: Bis zum Februar 2021 starben 2,4 Mio. vor allem ältere Menschen weltweit an der aggressiven Lungenkrankheit. Weltweit griffen Staaten verzweifelt und ohne klare Datenlage zu weit reichenden Bekämpfungsmaßnahmen. Die Isolierung von Alten und Schwerstkranken ließ viele einsam sterben. Grenzschließungen, der dauerhafte Niedergang ganzer Branchen, wochenlange Schulschließungen, eine forcierte Spaltung zwischen Arm und Reich, die exorbitanten Verschuldungen öffentlicher Kassen, massive Einschränkungen des öffentlichen Lebens, demokratischer Grundrechte und zuvor selbstverständlicher Begegnungsmöglichkeiten, gehören mittlerweile zum maskierten Alltag. Vormalige Selbstverständlichkeiten des privaten und öffentlichen Lebens stehen im Schatten der Pandemie, die als kontingentes Großereignis einen maximalen gesellschaftlichen Angstimpact erzeugt.

Nach Ausbruch der Pandemie verkündete die EKD schleunigst, man dürfe die Krise nicht für eine Strafe Gottes halten. Stattdessen propagierte man ein vereindeutigtes, angenehmes und positives Gottesbild: „Gott ist ein Freund des Lebens. Er liebt uns Menschen und leidet mit uns. Gott will das Unheil nicht. Nicht das Unheil hat darum das letzte Wort, sondern das Heil, das uns von Gott verheißen ist“, hieß es im gemeinsamen Wort der katholischen, evangelischen und orthodoxen Kirche in Deutschland zur Corona-Krise im März 2020. Die quälende Frage des Propheten Hiob, warum der allmächtige, gute Gott das Leiden und das Böse zulässt, wird auf diesem Wege schleunigst eskamotiert; die Problemlösungen werden in die Hände des allverantwortlichen Menschen zurückgelegt. Keine Ohnmachtsbekundungen wie „Mit unserer Macht ist nichts getan“ aus dem Kirchenlied „Ein feste Burg ist unser Gott“ (EG362). Wer einen Gott ohne Furcht und Zittern verkündet, kommt am Ende gut ohne – den unberechenbaren, absoluten – Gott aus. Der Preis der damit gewonnenen Allverantwortlichkeit des modernen Menschen ist jedoch seine permanente Überforderung, wie bereits der Hegelianer Odo Marquard mit Blick auf die Folgen der Aufklärung wusste.

Die klassischen schwergewichtigen Topoi von Leid, Sünde, Vergebung und Schuld, Erlösung, Rechtfertigung, Trost und Gerechtigkeit, die variationsreich in jedem Vaterunser und jedem Glaubensbekenntnis vorkommen, scheinen für die Deutung der aktuellen Lage keine ‚virale‘ Aussagekraft mehr zu haben. Man kann davon ausgehen, dass dieser Spannungsverlust, der unausgesprochen eine Perspektive eines ‚Weiterso‘ verkündet, durchaus von Menschen, die sich für kirchliche Botschaften interessieren, als weitere Erosion in Richtung Bedeutungslosigkeit wahrgenommen wird. Die offizielle Amtskirche hat sich auf großer Bühne für einen substantiellen Lieferstopp entschieden, dessen Auswirkungen sie unterschätzen dürfte. Die Verkündung der reformatorischen

Kernbotschaft, sich trotz aller Anstrengungen nicht selbst erlösen zu können, wird in Quarantäne geschickt oder lediglich per Präsesbericht im Rahmen der Landessynode der EKvW im Herbst 2020 den Eingeweihten unterbreitet. Das seltsam monolithisch-freundliche EKD-Gottesbild trägt derweil verführerisch wellness-kompatible Züge; es ist im Zeitgeist der Affirmation gefangen. Es gehört jedoch zu den sperrigen Kernparadoxien des Christentums, dass die unverdauliche Botschaft der Offenbarung des ohnmächtigen Gottes am Kreuz dem akut pandemiegetriebenen Bedarf der Heilsverkündung im Wege steht.

Während wir uns daran gewöhnt haben, Zufälle mit Versicherungsverträgen zu kompensieren, verpasst ein todbringendes Virus dem Phantasma einer rational beherrschbaren Welt eine schwere Kränkung, im doppelten Sinne. Die Vorstellung, das Unkalkulierbare unter Kontrolle bringen zu können, verbindet motivisch säkulares Impfen neuerdings sogar mit assistiertem Suicid: In beiden Fällen sieht sich der Mensch gerufen, dem Leiden (und Sterben) ein rationales Ende zu bereiten. Diese für viele von uns nachvollziehbaren Anstrengungen geraten damit in den Strudel einer Hybris, die im Fahrwasser der Selbsterlösung fischt und vor einer Weile noch als „instrumentelle Vernunft“ (Horkheimer/Adorno) titulierte wurde. Greift etwa auf diesem Wege am Ende der assistierte Suicid, wie böse Zungen behaupten, im Zuge einer ‚postreformatorischen Belastungsstörung‘ (Horst G. Herrmann) auf den Apparat selbst über?

Im Moment scheint die Welt getrieben von der Sehnsucht nach dem großen ‚Zurück‘. Dies jedoch dürfte es kaum geben, solange sich das von uns betriebene imperiale Wirtschaftssystem das permanente Recht herausnimmt, globales Plündern zum Standard zu erheben und durch interkontinentalen Flugreiseverkehr die kontinuierliche Virusverbreitung sicherzustellen.

Es ließe sich also vielmehr fragen, ob das Virus und sein Reproduktionsmechanismus eine subtile Allegorie unseres kapitalistischen Wohlstandsmodells formulieren? Schließlich beruht der Erfolg des Virus‘ im Kern darauf, ohne eigenen Aufwand befallene Zellen bis zum Anschlag zur eigenen Reproduktion und Verbreitung auszunutzen. Die hegelsche ‚konkrete Negation‘ nimmt im Verhältnis von ‚Herr und Knecht‘ dabei bisweilen einen tödlichen Ausgang.

Statt einen unberechenbaren, souveränen und fremden Gott zu verkünden, bei dem man im Glauben (simul iustus et peccator) nicht sicher sein kann, ob man aus der viralen Kontingenz mit Angst und Schrecken gerettet wird, zeigt sich das neue kirchliche Ersatzcredo als: „The medium is the messenger-RNA“, wenn wir dabei an Marshall McLuhan denken. Welch ein Wandel...!

Mamadou B., Geflüchteter aus Guinea,

berichtet ...

„Wenn wir schon mal Thema sind, dann wird über uns gesprochen. Man weiß, was (nicht) gut für uns ist. Selten werden wir selber gefragt, was wir zu sagen haben ...

Ok, wir sprechen nicht gut Deutsch, aber wir sprechen neben unserer Muttersprache – meine ist Peul/Fulla – noch die Kolonial- und Amtssprache unseres Landes, Französisch, und die anderen zwei Sprachen der größeren Ethnien (Sussu und Malinke). Auf unserem Weg nach Europa haben wir auch noch etwas Englisch gelernt ...

Ich wurde gebeten, über meine Erfahrungen in einer Zentralen Unterbringungseinrichtung (ZUE oder Ankerzentrum) zu berichten, ca. 5.000 Worte für einen Artikel in eurer Zeitung. Jetzt ist aber meine Zeit in einer ZUE in Deutschland nicht losgelöst von meiner Lebensgeschichte zu sehen. Von der Stadt in Guinea, wo ich geboren und aufgewachsen bin, bis heute hier in NRW habe ich mehr als 10.000 Kilometer zurückgelegt. Wenn ich für jeden Kilometer nur fünf Wörter schreibe, dann wären das 50.000 Wörter, und für manchen Kilometer könnte ich wirklich mehr als nur fünf Wörter schreiben ...

Mein Herkunftsland Guinea ist reich an natürlichen Bodenschätzen – das Land hat die vermutlich größten Reserven an Bauxit auf der Welt. Zudem gibt es Diamanten, Eisenerz, Gold und Uran. Die Landwirtschaft findet gute natürliche Bedingungen durch unterschiedliche Landschafts- und Klimazonen vor. Doch der Profit dieser Ressourcen kommt westlichen Unternehmen zugute – insbesondere der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und einer kleinen Minderheit in Guinea, – die große Mehrheit der Bevölkerung bleibt arm, wird noch ärmer. Es bereichern sich einige Politiker mit ihren Familien, die sich durch Korruption und Unterdrückung seit Jahren an der Macht halten. Menschenrechtsverletzungen (willkürliche Verhaftungen, unfaire Gerichtsverfahren, schreckliche Haftbedingungen) sind auch in Guinea nach wie vor aktuell.



Von einem friedlichen Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in einem demokratischen System ist Guinea bis heute weit entfernt. Es kommt immer wieder zu Protesten gegen den schlechten Lebensstandard und zu ethnischen Spannungen, wobei das Militär und Anhänger der Regierungspartei der Malinke um den Präsidenten Alpha Conde willkürlich gegen Protestierende und insbesondere gegen Angehörige der Peul/Fulla vorgehen. Insbesondere Jugendliche in Guinea leben in ständiger ökonomischer Not und ohne Perspektive auf ein zufriedenes und sicheres Leben. Ethnische

Konflikte werden konstruiert, um Demokratisierungsprozesse in Guinea zu verhindern und Missstände wie Jugendarbeitslosigkeit, mangelnde medizinische und soziale Versorgung zu erklären. Ich gehöre der Ethnie Peul/Fulla an, und eigentlich hat mich Politik als Minderjähriger nicht besonders interessiert. Zufällig geriet ich auf der Straße in eine Auseinandersetzung mit dem Militär. Als Peul/Fulla erkannt wurde ich inhaftiert und misshandelt – die Narben von Messerstichen und Schlägen sind auf meinem Körper deutlich zu sehen ...



Mit diesen schmerzhaften Erfahrungen und ohne Perspektive auf ein sicheres zufriedenes Leben in Guinea entschied ich mich mit vielen, insbesondere jungen frustrierten Menschen, mein Herkunftsland zu verlassen, um irgendwo in Europa ein besseres Leben zu haben. Meine Fluchtroute ging über Niger, Mali, Algerien und Marokko – jeder Kilometer in der Wüste war lebensgefährlich und stellte eine Bedrohung für mich und Mitreisende dar. Mein Leben in den Wäldern auf dem Berg Gourougou in Marokko mit Blick auf die spanische Exklave Melilla war durch Entbehrung und Verzweiflung gekennzeichnet, aber auch durch den Willen irgendwann in Europa zu landen. Mit einem Jordiak – einem kleineren Schlauchboot – gelang mir und anderen schließlich die riskante Überfahrt über das Mittelmeer nach Spanien. Ich kam als Minderjähriger in Europa an und wäre eigentlich besonders schutzbedürftig. In Spanien lebte ich aber praktisch auf der Straße, war stets hungrig und für Krankheiten anfällig. Ich entschied nach 3 – 4 Monaten, mich nach Deutschland durchzuschlagen.

Ich war zwei Mal in Erstaufnahmeeinrichtungen und ZUEs in Deutschland. Nach der Dublin III-Verordnung wurde ich nämlich nach Spanien „zurückgeführt“ = abgeschoben und lebte dort wieder auf der Straße, bis ich mich für einen erneuten Versuch in Deutschland entschied. Zwischenzeitlich befand ich mich drei Wochen im Knast, in Abschiebehäft – unrechtmäßig, denn die Überstellfrist im Dublinverfahren nach Spanien (6 Monate) war inzwischen abgelaufen.

Ich lebe mit ungesichertem Aufenthaltsstatus in Deutschland und der Angst vor Abschiebung in ein unsicheres Land,

in dem gewaltsame Auseinandersetzungen insbesondere gegen meine Ethnie Peul/Fulla an der Tagesordnung sind. Durch meine Erfahrungen und Erlebnisse – die ich hier nur in Kürze geschildert habe – bin ich traumatisiert. Und nicht nur in den ZUEs erlebe ich Ablehnung und alltäglichen Rassismus im Asylsystem und werde dadurch täglich re-traumatisiert. Ich kann nicht schlafen, habe in der Enge der Einrichtung Angst vor einer Ansteckung mit Corona (ich musste auch schon in Quarantäne, und es wurde nichts über diese Krankheit und Hygieneregeln erklärt!) und und und ... es sind jetzt mehr als 5.000 Wörter zusammen gekommen, und ich könnte noch so viel erzählen ...

Ich hatte keine Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, eine Voraussetzung, damit Geflüchtete sich in einem Land zurecht finden und sich integrieren können. Es täte mir gut, wenn mehr Menschen in Deutschland sich für unsere Geschichten interessieren würden. Ausdrücklich möchte ich betonen, dass ich kein Mitleid und Bedauern für meine Situation möchte. Meine individuelle Geschichte ist – wie die Geschichte vieler Geflüchteter – verwoben mit der europäischen Flüchtlingspolitik. Ich möchte hier endlich ankommen, einen gesicherten Aufenthalt haben und ein selbstbestimmtes Leben führen.

Und deshalb ist es mir wichtig, Öffentlichkeitsarbeit – z. B. mit diesem Artikel – über die Ursachen von Flucht und Migration herzustellen. Ich wünsche mir, dass nicht über sondern mit uns Geflüchteten gemeinsam Initiativen für ein Leben in Frieden und mit Zukunft auch für uns mit euch entwickelt werden.“

Mamadou B. aus Guinea (er soll nicht identifiziert werden können, da er sich noch in einem offenen Asylverfahren befindet und Angst in/vor diesem System hat), erzählte seine Geschichte Ulla Rothe. Ulla Rothe lebt in Bochum und ist seit 2002 aktiv in migrations-(flüchtlings-)politischen Zusammenhängen, z.B. gegen Abschiebungen in unsichere Herkunftsländer. Sie unterstützt die Migrantenselbstorganisation „La Voix de Sans Voix“ (Westafrika) „Stimme der Nichtgehörten“.

Urs Jaeggi



Er war damals pünktlich zur 68er-Revolution als Professor für Soziologie nach Bochum gekommen und hatte sehr schnell begriffen, worum es hier ging, zur Zeit der Gründung der ersten Ruhruniversität im noch autoritätsgläubigen postfaschistischen Deutschland. Angefangen hatte er in der Schweiz mit einer Lehre als Bankangestellter, dann jonglierte er sich auf dem schmalen zweiten Bildungsweg hoch zum Soziologieprofessor. Seine Geisteswissenschaften hat er immer zugleich auch parallel in Erzählungen und Romanen mit Leben gefüllt, und konsequenterweise schlussendlich im letzten dreißigjährigen Lebensabschnitt seine Erfüllung auch in der bildenden Kunst gefunden. All seine Disziplinen waren geprägt von gesellschaftskritischem Engagement, sei es in Verbindung mit der Studentenbewegung, der Hochschulkritik, der Kulturpolitik und tief verwurzelt in postkolonialen Auseinandersetzungen. Nach Bochum kletterte er hoch zur FU Berlin, dort halbierte er seine Stelle quotengerecht zugunsten einer Professorin, besuchte in der restlichen Zeit einen Schweißer-Lehrgang, um Eisenplastiken zu realisieren, übte sich in Performances und verschenkte seine diversen Erfahrungen in gefeierten Einzelausstellungen und literarischen Experimenten. Es ist ihm in den letzten Jahrzehnten gelungen, dank seines jährlichen Wechsels des Wohnorts zwischen Mexiko-City (im Winter) und Berlin-Mitte (im Sommer), seine frühen sozialkritischen Impulse (geimpft von seinem Vater, dem Mitbegründer einer sozialistisch geprägten Konsumgenossenschaft) wach zu halten, und die pazifistische Menschlichkeit in Bildern und Worten immer wieder neu zu hinterfragen ... nie mit einem Wahrheitsanspruch, aber immer in tätigem Optimismus und unermüdlicher Kreativität. In der Nacht zum 13. Februar ist er gestorben.
Robert Bosshard

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von 20,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonnentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 20,- € liegt bei
 Überweisung über 20,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl,
 IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20
 BIC: WELADED1BOC

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Impressum

Herausgeber:

AMOS e.V. c/o Rolf Euler
 Cäcilienhöhe 32
 45657 Recklinghausen
 E-Mail: amos-ev@web.de

Redaktionsadresse:

AMOS c/o Hartmut Dreier
 Schumannstr.6, 45772 Marl
 Tel: 02365-42076
 E-Mail: dreier.mar@freenet.de

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto: AMOS IBAN: DE31 4305 0001 0033 3001 20 | BIC: WELADED1BOC

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Benjamin Benz, Recklinghausen | Robert Bosshard, Oberhausen | Robina Cronauer, Herten | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Stefan Hochstadt, Essen | Hans Hubbertz, Recklinghausen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg † | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Bochum | Marion Lillig, Recklinghausen | Axel Lippek, Bochum (v.i.S.d.P.) | Anna Musinszki, Dortmund | Niklas Rokahr, Hamm | Rebekka Scheler, Bochum | Hermann Schulz, Wuppertal | Peter Strege, Dortmund | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Hartmut Dreier, Stefan Hochstadt

Endredaktion/Layout: Axel Lippek

AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Titelbilder 1983 – 2019: Manfred Walz

Druck: Wodarczak Druck & Medien,

45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

Einzelpreis: 5,00 €

Abo-Preis: 20,00 € jährlich inkl. Versand
 AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „iley.de“ (Leipzig).

Ulrich Grober

Blauer Himmel, grüne Lungen – vom Wert der Gemeingüter

Schon 60 Jahre her? Die Spanne von zwei Generationen! Bundestagswahlkampf 1961. Auf den Plätzen, in den großen Hallen, im Ruhrpott und anderswo fordert der SPD-Kanzlerkandidat Willy Brandt: „Der Himmel über dem Ruhrgebiet muss wieder blau werden!“ Das war Avantgarde pur. Der Zeitgeist tickte anders. In den Ländern des Nordens, dann weltweit hatte die „große Beschleunigung“ des industriellen Wachstums eingesetzt. Sie basierte auf der Verbrennung fossiler Brennstoffe, Kohle und Öl. Das Ruhrgebiet boomte. „Die 1000 Feuer in der Nacht / haben uns das große Glück gebracht“, sang man auf Schalke. Doch die verheerenden Folgen „vor Ort“ waren krass und sichtbar. Brandt hatte ein Gespür dafür. Nicht zuletzt aufgrund seiner emotionalen Bindungen zu den „Naturfreunden“, dem traditionsreichen grünen Flügel der Arbeiterbewegung. Hellsichtig setzte er „reine Luft, reines Wasser, weniger Lärm“ und all die anderen „Gemeinschaftsaufgaben“ auf die Agenda.

Die erste Reaktion war zynisch: Die Großunternehmen im Ruhrgebiet – Kohle, Stahl, Energieversorger, Petrochemie – zogen ihre Schornsteine höher. Die riesigen Schadstofffrachten verteilten sich in größere Höhen und weitere Entfernungen. Bis Naturschützer in Schweden Alarm schlugen, weil saurer Regen Böden und Gewässer ihrer Heimat kontaminierte. Brandts Genosse Olof Palme, der damalige Ministerpräsident, initiierte den ersten UN-Umweltgipfel. Unter dem Motto „Only one Earth“ fand er 1972 in Stockholm statt. Die Klimapolitik nahm Fahrt auf. Willy Brandt war dabei. Im Auftrag der UN nahm er die „Zerrüttung der Biosphäre“ in den Blick...

Alles Schnee von gestern? Von wegen! Am 9. Februar 2021 veröffentlichte die Fachzeitschrift „Environmental Research“ die Studie einer internationalen Expertengruppe. Sie untersucht die Folgen der Luftverschmutzung, speziell der Feinstaubbelastung, durch die Verbrennung fossiler Energieträger. Ihr Befund: Die Sterblichkeit durch Luftverschmutzung sei nach wie vor extrem hoch. Zu den besonders stark betroffenen Regionen zähle Europa und innerhalb Europas – das Ruhrgebiet (taz vom 10. Februar 2021). Und wie agieren die hiesigen Industriekonzerne? RWE kündigt an, bis 2040 klimaneutral zu werden. Doch der Braunkohletagebau geht weiter. Datteln 4 geht weiter. Der Konzern verklagt die Niederlande auf Milliardensummen an Entschädigung für die Stilllegung des Steinkohle-Kraftwerks Eemshaven bei Groningen (FAZ vom 6. Februar 2021). Der fossile Wahnsinn, geschützt von den Eigentumsrechten, geht bis zur letzten Minute weiter.

Frische Luft, könnte man sagen, ist eine Gabe Gottes. Oder der Natur. Sie ist ein Gemeingut. Sie ist unser Lebenselixier und elementarstes Lebens-Mittel. Sie ist die wichtigste Komponente eines lebensfreundlichen Klimas. Warum kümmerst sie uns so herzlich wenig? Der urbane Mensch des 21. Jahrhunderts verbringt an die 90 Prozent seiner Lebenszeit in geschlossenen Räumen oder Fahrzeugkabinen. Dort atmen

wir Luft, die erwärmt oder gekühlt, gefiltert und mit technischen Mitteln reguliert und normiert – mit einem Wort „konditioniert“ ist. Auf Dauer tut uns diese matte Luft nicht gut. Die aktuelle Pandemie brachte den Zwang zu Homeoffice, Homeschooling und Quarantäne mit sich. Wir gewöhnten uns qualvoll an das Tragen einer Mund-Nasen-Maske. Die Bilder von künstlich beatmeten Patienten auf den Intensiv-Stationen lösten Furcht und Schrecken aus. Bringt uns dieser Schock endlich zu einem echten Wandel in unserer Beziehung zur Umwelt?

Was ist ‚frische‘ Luft eigentlich? Die Lufthülle in den bodennahen Schichten besteht überall aus knapp 80 Prozent Stickstoff, gut 20 Prozent Sauerstoff, geringen Anteilen von Edelgasen und Wasserdampf und schließlich 0,03 Prozent Kohlendioxid. Reinheit und ‚Frische‘ beziehen sich nicht direkt auf diese chemische Zusammensetzung, sondern auf die Luftbeimengungen. Es geht um die Belastung mit natürlichen Stäuben und Pollen, vor allem aber um die anthropogenen Schadstoffe wie Feinstäube und Umweltgifte. Die Zonen großer Belastung decken sich weitgehend mit den Ballungsgebieten von Besiedlung, Verkehr und Industrie.

‚Frisch‘ ist die staubarme, pollenarme Luft der Küstenstreifen, der Mittelgebirgskämme und Hochgebirgsplateaus. Es ist die von Erdrotation und Sonneneinstrahlung bewegte, die zirkulierende, turbulente, aufgemischte, durch Wärme- und Kaltfronten, Aufwinde und Fallwinde chaotisch durcheinandergewirbelte, aus den Wildnisgebieten der Atmosphäre sich speisende Luft. Es ist das Sauerstoffmolekül, das vorgestern noch über die Geysire Islands oder die Wellenkämme der Biskaya fegte, vor Sekunden durch das Kronendach des Laubwaldes wirbelte, und das ich in diesem Moment begierig einsauge und über die Lungenbläschen in meine Blutbahn sende. Durch die Luft, die ich einziehe und ausstoße, bin ich Teil des unendlichen Gebens und Nehmens in der Natur, kommuniziere ich mit der Atmosphäre des blauen Planeten, mit dem Kosmos, in dem er schwebt. Frische Luft ist ein Wunderwerk der Natur. So wie die Atemwege und Blutbahnen, durch die unser Organismus sie aufnimmt.

Die entscheidende Lehre scheint mir: Eine nachhaltige Zukunft vor allem vom lebendigen Grün her denken! Von den grünen Lungen des Planeten und von den grünen Lungen der eigenen Region. Also von den heimischen Wäldern und urbanen Grüngürteln des Ruhrgebiets. Jedes Fleckchen naturnaher Wald zählt, jeder Wasserspiegel, jede Frischluftschneise, jedes Stück Wildnis, ja jeder Gartenteich und Komposthaufen. Sonst rauben wir uns und den nachfolgenden Generationen die Luft zum Atmen – und den Trost der Bäume. So schließt sich wiederum der Kreis zu den anderen globalen Themen des 21. Jahrhunderts: Artensterben. Erderhitzung. Burn-out.

Ulrich Grober ist Schriftsteller, Outdoor-Fan und Wanderer. Er lebt am Nordrand des Ruhrgebiets, in Marl, in einer Seweso 3 Zone. Auf sechs Wanderungen durch Deutschland nimmt er uns mit in: Der leise Atem der Zukunft. Vom Aufstieg nachhaltiger Werte in Zeiten der Krise. oekom Verlag, 2016.

Jürgen Schneider

Mit wem ich einen gewissen Weg gemeinsam gehen kann?

Persönliche Einblicke eines wohnungslosen Menschen vom November 2020 bis Januar 2021

Der Lockdown ab November hat – wie bei vielen Menschen – persönliche Einschnitte in meinem Leben gebracht. Das Glück stand mir bei: Seit etlichen Jahren ohne feste Wohnung meinen Weg gehend, haben meist privat bekannte Menschen mir geholfen, die Zeit wenigstens nicht in Notunterkünften verbringen zu müssen. Dadurch konnte ich mein politisches Engagement, etwa im Armutsnetzwerk (www.armutsnetzwerk.de) und der Selbstvertretung wohnungslosen Menschen (SWM, www.wohnungslosentreffen.de), zumindest online oder per Telefon weiterführen.

Überforderung praktischer und politischer Besserwisserei – Sehr schade ist die viele Aggressivität und dass Wenige zugeben, dass die momentane Situation besonders für wohnungslose Menschen (und auch die Wohnungslosenhilfe, die Politik, Engagierte) eine Überforderung darstellt, die man nicht mit Professionalität alleine bewältigen kann. Besonders häufig hat die Politik versagt, Wohnungslosen die Unterstützung zukommen zu lassen, die wichtig gewesen wäre. Dabei spielt es keine Rolle, ob kommunale oder Bundesebene, beide haben oft falsch gehandelt. Das lag auch daran, dass die betroffenen Menschen (wie fast immer) nicht in die Unterstützung eingebunden wurden, um ihre sachlichen Hinweise zu geben. Jeder meint, dass er oder sie es besser weiß.

Wie den Kopf eigenständig und als Selbstvertretung online über Wasser halten? – Schwierig ist auch z.B., dass die SWM, durch fehlende Begegnungen und auch bedingt durch persönliche Probleme, während der Corona-Zeit oft nur online agieren kann. Wie bekannt ist, kann in E-Mails oder Online-Treffen einiges eher missverstanden werden, als im persönlichen Gespräch. Durch das Orgateam der SWM und die Koordinierungsstelle ihres jährlich im Sommer (2020 ebenfalls nur online möglichen) Wohnungslosentreffens, gibt es Unterstützung. Die Schwierigkeit ist dabei: Wie kann man gut beraten und zusammenarbeiten, ohne die Eigenständigkeit der Menschen in der SWM zu gefährden? Denn der stehen Verwaltungsvorgaben gegenüber, ein komplizierter Balanceakt! An den Vorgaben hängt die Finanzierung des einwöchigen Treffens, als Projekt der Stiftung Bethel mit eingeworbenen Geldmitteln. Besonders Abrechnungsvorgaben werden oft nicht verstanden. Manche Art von Ausgaben darf man im Projekt nicht tätigen oder ändern, ohne Absprache mit den Geldgebern. Sonst besteht die Gefahr, Gelder zurückgeben zu müssen. Das alles wird nicht einfacher unter Pandemiebedingungen, unter denen man vieles schnell und kreativ ändern muss, wieder und wieder.

Fallstricke auf dem Weg der „Eigenständigkeit“, des „Wir“ und des „Gutgemeinten“ – Viele denken, sie könnten persönlich etwas verändern, was aber natürlich nur teilweise stimmt. Wenn, können Veränderungen nur auf verschiedene Arten gleichzeitig und in Bündnissen geschehen. Einen Alleinvertretungsanspruch gibt es für keinen, auch für die SWM nicht. Und auch ein „Wir“ (egal wer) kann das alleine nicht verändern, was alles verändert werden sollte, um für/mit/von

wohnungslose/n Menschen (unabhängig von ihrer Lebensform) das Leben besser zu gestalten. Immer gerät man in persönliche „Fallstricke“ und immer gibt es Organisationen, Politik, einzelne Menschen usw., die es ja nur „gut“ mit Einem meinen. Sie vergessen, dass dabei – wenn auch oft unbewusst – Beeinflussung stattfindet, die nicht immer gut ist.

Forschungswege? Schon wieder: Besserwisserei und Instrumentalisierung – Forschungsprojekte (auch zu Lebenslagen und -verläufen während der Pandemie) werden gefördert, wenn auch im Bereich Wohnungslosigkeit nur wenige. Aber auch hier sind die Wohnungslosen selbst (von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen) eigentlich nicht involviert und bei Mitwirkung selten auch mit Anerkennung in Geldform oder ähnlichem spürbar wertgeschätzt. Das kann es nicht sein! Denn die Forschenden machen es selten ohne Lohn, was ja nachvollziehbar ist. Dass Wohnungslose nur „benutzt“ werden, ist bei vielen Projekten gang und gäbe und das muss sich ändern. Besonders bei der Ideenfindung und beim Beginn von Projekten oder der Frage der Umsetzung von Forschungsideen müssen (ehemals) Wohnungslose direkt eingebunden werden. Unterstützer, Forschende usw. müssen mehr Zurückhaltung üben und sollten tatsächlich das machen, was sie sagen: unterstützen. Sie sollten nicht ihren Ideen Vorrang geben, wie was funktioniert. Das mag vielleicht bei Verwaltungsdingen „richtig“ sein, weil es dort bestimmte Formen gibt, die (obwohl oft „beknackt“) vorgegeben sind. Aber mit Forschungsbesserwisserei wird die Einbindung Wohnungsloser nicht funktionieren.

Eine Wegstrecke gemeinsam gehen, wohin? – Auch in anderen Bereichen, wie der Nationalen Armutskonferenz (www.nationale-armutskonferenz.de) und natürlich in der Politik, sind unabhängig engagierte Menschen wichtig. Welcher Organisation oder Partei man angehört, darf nicht so eine große Rolle spielen. Ich persönlich engagiere mich gerne auch politisch, werde aber keiner Partei zugehören. Auch ob und wenn ich mit den großen Sozialverbänden arbeite, entscheide ich alleine, mit welchem ich einen gewissen Weg zusammen gehen kann. Kooperationen sind wichtig, umsichtig, aber (wie so oft) wird man nicht mit jedem und allen etwas gemeinsam auf den Weg bringen können. Der Wahlkampf ist natürlich schon im Fokus und das schwächt das Soziale enorm, weil wieder die Gefahr später nicht eingehaltener „Versprechungen“ da ist.

Mit den Kräften „haushalten“ – Ich werde weiter sozial und also politisch engagiert sein, nur achte ich jetzt noch mehr darauf, mit wem ich was mache und mit wem nicht. Nach 12 Jahren intensivem Engagement möchte ich noch etwas Kraft behalten für das Wesentliche, wofür ich mich einsetze: eine bessere Situation von wohnungslosen und allgemein soziale Situation von Menschen!

Jürgen Schneider, Jg. 1963, unterwegs u.a. in Hilden, der Eifel, Nürnberg, Berlin, Brüssel.

Ricarda Urban, Hannah Chantrain

Corona, Zoom und Zahnfleisch –

Der verworrene Weg ins Studium. Erfahrungen zweier dezent gestresster Erstsemester

*Anmerkung der Redaktion: Dieser Beitrag schließt an den Text „Corona und Soziale Arbeit“ (AMOS 4/2020, S. 17 f.) an. Beide Texte sind derzeit Gegenstand von Beratungen in der Bochumer Evangelischen Hochschule. So hat deren Senat die Autor*innen zur Sitzung am 13. April als Gäste eingeladen, online.*

Warum (auch) wir hier schreiben?

Da wir im (um vier Lehrwochen verkürzten) ersten Semester des Bachelor-Studienganges Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule „in Bochum“ sind. War doch Bochum, oder? Und weil wir im letzten AMOS einen Artikel über die Herausforderungen von Corona, dessen Auswirkungen auf Master-Studierende und andere Mitmenschen gelesen haben. Nachfolgend möchten wir gerne darauf antworten und auf unsere Situation als Erstsemester in der Pandemie aufmerksam machen.

Worauf wir kritisch hinweisen möchten.

Aller Anfang sollte hoffnungsvoller Aufbruch sein und ist irgendwie auch schwer, aber mit sowas hat niemand von uns gerechnet. Es war uns durchaus bewusst, dass wir unser Studium nicht auf die gewohnte Art und Weise beginnen würden. Wir waren eingestellt auf Zoom-Meetings, Online Veranstaltungen und wenig Zeit in der Hochschule. Worauf wir nicht vorbereitet waren sind die Ablenkungen, die im Homeoffice lauern, das Voraussetzen einer geradezu eisernen Arbeitsmoral einiger Lehrenden, die Massen an eigenständig zu erarbeitenden Inhalten und Aufträgen sowie das Fehlen von jeglichen sozialen Kontakten.

Wer mit Kind, Hund und Katze zuhause wohnt, kennt das wahrscheinlich. Selten hat man mal wirklich ungestört Zeit zum konzentrieren Arbeiten. Und nicht immer sind diese Ablenkungen auch unerwünscht; sie bieten kleine Pausen und emotionale Unterstützung, wenn man mal wieder total überfordert ist. Auch Postboten werden neue Lieblings-Störenfriede, denen man doch gerne die Tür öffnet, falls sie während einer Vorlesung klingeln.

Das setzt allerdings voraus, dass man überhaupt Vorlesungen hat. Es hat sich als Trend gezeigt, den Studierenden ‚Konserven‘ zur Verfügung zu stellen und diese eigenständig erarbeiten zu lassen. Ich soll mit mir selbst diskutieren? Das hat Grenzen! Das gab es zwar vor Corona auch schon, aber immerhin noch mit der Möglichkeit verbunden, Dozierende persönlich anzusprechen und sich mit Kommilitonen vor Ort auszutauschen.

Doch gerade mit den fehlenden Hochschulbesuchen haben wir kaum die Möglichkeit, in Diskussionen über solche Themen mit den Lehrenden und unter uns Studierenden zu kommen. Man ist sich fremd, weil man sich „nur“ über den Bildschirm „kennt“ und sieht. Fragen zu stellen fällt oftmals schwer. In E-Mails ist es nicht so leicht, die passenden Formulierungen zu finden und ein Anliegen deutlich rüber zu

bringen. Erschwerend kommt hinzu, dass es sicher auch für Dozierende nicht immer leicht ist, den Überblick über die Massen an Fragen und Forderungen zu behalten.

Ähnlich schwer ist es mit den Sozialkontakten zu anderen Mitstudierenden. Da gilt es kreativ zu werden, ob über selbst organisierte Zoom-Meetings zum Besprechen von Aufgaben oder einfach nur zum schnacken. Und doch ist es trotz aller technischen Innovation nicht möglich, physischen Kontakt zu ersetzen und das merken wir häufig an unserer mentalen Verfassung und Motivation.

Was wir würdigen möchten.

Aber auch nicht alles ist schlecht. So haben sich zum Beispiel die Studierenden selbst Alternativen gesucht, um sich sozial zu vernetzen. Einige aus höheren Semestern haben einen Virtuellen Campus eingerichtet. Dort hat jeder die Möglichkeit, sich in den verschiedenen Kanälen auszutauschen. Ob es dabei um Haustiere, die besten Rezepte, die neusten Videospiele oder um Fragen zu Prüfungen und Hochschulabläufen geht, ist egal. Für alle Anliegen ist Raum geschaffen worden. Es gibt neben den allgemein zugänglichen Räumen auch eigene Räume für Erstsemester oder Masterstudenten. Das soll uns einen Hauch von „studentischem Miteinander“ bieten, welches wir uns für den Studienanfang so sehr gewünscht haben.

Unsere Hochschule ist auch sehr bemüht, uns trotz der pandemie-bedingten Einschränkungen so viele Hilfen und Unterstützungen an die Hand zu geben, wie möglich. Spezielle Angebote wie das „Café International“ bleiben bestehen und werden so gut es geht online umgesetzt.

Trotz der Schließung der Hochschulbibliothek, die für viele Prüfungskandidaten ganz erhebliche Probleme mit sich bringt, wurde ein großes Repertoire an E-Books „zusammengestellt“. Außerdem wurden manche Prüfungszeiträume erweitert und „Freischussversuche“ erneut für die Zeit des zweiten Lockdowns beschlossen. Uns wird berichtet, dass sich dadurch ein klares Lernverhalten seitens der Hochschule zeigt. Am Anfang des Sommersemesters 2020 war zum Beispiel noch gar keine einheitliche Videoplattform vorhanden und es kam wohl zu extrem chaotischen Selbstorganisationen, die teilweise eine noch größere Belastung darstellten.

Und doch: Einige laufen und andere laufen noch immer auf dem Zahnfleisch! Das ist die kürzeste Zusammenfassung unserer derzeitigen Situation, die wir geben können.

Ricarda Urban (Jg. 1992, Mülheim an der Ruhr), Hannah Chantrain (Jg. 2000, Sprockhövel), studieren seit dem Wintersemester 2020/21 und haben so die Besonderheiten des Studienanfangs unter Corona-Bedingungen miterlebt.

Marion Lillig

Brief an einen Wanderer

Lieber Vati,
Nun sitzt Du schon einige Jahre auf Deiner Wolke und schaust uns hier unten beim Leben zu. Bis ins hohe Alter war Bewegung, das Laufen, das Wandern, ein wichtiger Teil Deines Lebens, fast so existentiell wie die Nahrungsaufnahme. Als Gutenberg-Jünger (so hast Du Dich genannt) fand Dein Arbeitsalltag inmitten des infernalischen Lärms der Druckmaschinen und dem durchdringenden Geruch von Drucker-schwärze und Farbbändern statt; und das bei einer 6-Tage-woche, denn die Tageszeitung erscheint nun mal sechs Tage. Ein folgerichtiger Ausgleich war die Bewegung in der Natur, der Stille, der frischen Luft. Und das in einem dem Menschen gemäßen Tempo. So, wie Du im Alltag Letter für Letter, Wort für Wort, Satz für Satz mit dem Ziel einer neuen Ausgabe gesetzt hast, gingst Du nun Schritt für Schritt, Kilometer für Kilometer, einem erreichbaren Ziel entgegen. Wandern eben.

Als Kind habe ich die gemeinsamen, sonntäglichen Wanderungen geliebt, später wurden sie mir oftmals peinlich. Allein die Kleidung, bestehend aus Bundhose und Anorak – weiß überhaupt noch jemand, was ein Anorak ist? –, war eine Peinlichkeit. Die Outdoor-Kleidung war noch nicht erfunden, Gott sei Dank, hast Du später gesagt, wenn Du mit Wandergruppen unterwegs warst. Und Du hast MitwandererInnen durchaus getadelt, wenn sie in einem papageienbunten Outfit durch den Wald gingen: das würde die Rehe erschrecken.

In dieser Kleidung also gingen wir frühmorgens zunächst zum Bahnhof und nahmen dort den Regionalzug oder einen sog. Triebwagen in Richtung Marl und Haltern oder in Richtung Witten. Ein Auto hattest Du erst, als es beruflich geboten war und es auch nur beruflich genutzt. Autofahren verführe zu Trägheit und Passivität, davon warst Du überzeugt. Das heißt nicht, dass Du nicht zeitlebens mit dem öffentlichen Nahverkehr im Ruhrgebiet auf Kriegsfuß gestanden hättest.

Ein Beispiel: Eine Deiner Lieblingswanderungen war die Strecke Witten-Wetter-Herdecke. Sonntags waren die Busse nur stündlich getaktet und zudem fuhr der letzte in Richtung Witten HBF um 18 Uhr. Es hieß also, rechtzeitig in Herdecke anzukommen. Doch für eine persönliche, zeitliche Flexibilität das Auto zu benutzen, war für Dich der pure Egoismus. Man könne nicht im Wald die Natur preisen und anschließend die Luft verpesten. Diese konsequente Haltung habe ich oft verflucht, wenn wir am Abend müde nach Hause kamen.

Genauso wie Deine Ablehnung, in den Urlaub zu fliegen. Du warst der Meinung, dass Menschen nicht einfach in ein Flugzeug einsteigen, über den Wolken irgendwo hinfliegen und dann aussteigen, ohne zu wissen, wie der Weg dahin tatsächlich ist, wie sich die Landschaft und die Luft nach und nach verändern. Für Dich blieb der Weg das Ziel.

Während Schulfreunde die Ferien mit ihren Eltern an verlockend klingenden Zielen Südeuropas verbrachten, wanderten wir durch die deutschen Mittelgebirge und übernachteten in Jugendherbergen. Immerhin gab es dort viele andere „arme Kinder“ wie mich, mit denen es eine Menge Spaß gab.

Deine langjährige Tätigkeit als Wanderführer brachte Dich mit den unterschiedlichsten Menschen zusammen, jeder und jede aus einer anderen Lebenswelt, mit unterschiedlichen Erfahrungen und Wissensgebieten. Auf langen Wanderungen daran intensiv teilzunehmen, darüber zu diskutieren, in andere Denkstrukturen einzutauchen, sie anzunehmen aber auch abzulehnen, erfordert und erhält auch die geistige Mobilität. Wandern ist eben nicht nur ein physischer Prozess.

Heute profitiere ich von den Erfahrungen meiner Kindheit, den Erfahrungen einer langsamen Mobilität, der Freude, ein Ziel zu erreichen, müde und glücklich. Der Freude, danach eine gute Mahlzeit zu genießen, die Füße hochzulegen und den nächsten Tag zu planen.

Davon, dass der Rhythmus der Schritte den Gedanken erlaubt, sich im selben Rhythmus zu sortieren, dass dadurch vieles klarer wird. Dass mit dem Schrittempo nicht nur innere Einkehr möglich ist, sondern sich mit MitwanderInnen lange, vertiefte Gespräche entwickeln können. Ein Austausch, den unsere ansonsten schnellleibige Zeit nicht mehr zulässt, auch nicht zwischen Kindern und Eltern. Neudeutsch nennt man diese von Kindern und Eltern gemeinsam verbrachte Zeit „quality time“, das weiß ich heute, leiste Dir Abbitte und zehre immer noch davon.

Heute ist das Wandern als Hiking oder Trekking wieder in Mode. Als eine moderne Unsitte hast Du das Mitführen von mehreren Litern Wasser in Plastikflaschen für eine Tagestappe empfunden. Für uns gab es eine gemeinsame Feldflasche, evtl. an Bächen nachzufüllen, und sonst den Hinweis: „Kieselsteine lutschen macht Spucke.“ Das ist der running gag in unserer Familie, damals war es ernst. Auch Süßigkeiten nahmen wir nicht mit. Und stell Dir vor, wie weitsichtig Du damals bereits warst: Derzeit erleben wir eine Pandemie ungeheuren Ausmaßes, zurückzuführen auf ein Virus mit dem Namen Covid-19. Wir nahmen auf unseren Wanderungen immer eine Süßholzstange als Bonbonersatz mit, die Du in der Apotheke kauftest. Nun hat man festgestellt, dass das darin enthaltene Glycyrrhizin stark antiviral wirkt. Du hast alles richtig gemacht (na ja, zumindest das meiste).

Frisch auf,
Deine Tochter

Marion Lillig, Jg. 1955, meist auf den Spuren der Migrationsbewegungen mit ihren Auswirkungen, entspannt beim Wandern.

Lesetipp dazu

Ulrich Grober

Vom Wandern. Neue Wege zu einer alten Kunst (Frankfurt a. M. 2006, Zweitausendeins, 343 S.) | rororo 62685 (TB)
Die alte Kunst des Wanderns ist heute der Einspruch gegen das Diktat der Beschleunigung: „Der Kopf wird frei. Und mit ihm der ganze Mensch.“ Immer wieder. Jedes Mal neu. Nehmen wir uns die Zeit. Zum Wandern. Zum Lesen. ...

Lea Guse

In fünf Minuten kommt die Bahn – wir müssen los!

Der ganz normale Alltag in einem Leben ohne Auto & Führerschein

13,54 Millionen Menschen in Deutschland haben keinen Führerschein, ich bin eine von ihnen. Das kann manchmal eine ziemliche Herausforderung sein, trotzdem sträube ich mich weiterhin dagegen, einen Führerschein zu machen. Vorneweg (auch wenn es eigentlich keiner zusätzlichen Erklärung bedarf): ich könnte mir wohl einen Führerschein leisten. Und auch ein Auto, denn mit Führerschein würde ich mir früher oder später ein Auto zulegen. Aber ein Auto ist vor allem eines – auf lange Sicht viel zu teuer. Außerdem anfällig für unvorhersehbare Reparaturen, nicht besonders platzsparend (vor meiner Tür würde ich nie einen Parkplatz finden) und – das Wichtigste – Autos sind einfach schlecht für die Umwelt. Und sie stinken, was im dichtbesiedelten Ruhrgebiet ein reales Problem darstellt.

In Deutschland wurden 2020 311.394 Autos zugelassen: Tendenz steigend. Da möchte ich nicht mitmachen. Dennoch erwische ich mich oft in Tagträumen, wie ein Leben mit Führerschein und Auto wäre. Ich könnte zum Beispiel einfach so los aus dem Haus, ohne vorher meine Bahnverbindung zu checken. Ich müsste nicht in mehreren Etappen einkaufen gehen, damit ich das ganze Zeug überhaupt nach Hause getragen bekomme und ich hätte wahrscheinlich ein ganzes Stück mehr Gelassenheit. Oder standet ihr schon mal zitternd an der Supermarktkasse und habt ständig auf die Uhr geschaut, weil in fünf Minuten euer Bus kommt? Da kann der normale Wocheneinkauf schon mal zu einer Zerreißprobe werden: Ich warte sicherlich nicht 20 Minuten auf den nächsten Bus!

Da sind wir auch schon beim Kernproblem: der super schlechte Ausbau und Zustand der öffentlichen Verkehrsmittel, vor allem im Ruhrgebiet. Als ich vor knapp fünf Jahren von Kassel (das ist in Nordhessen) in die Metropole Ruhr (das sagt wirklich niemand) gezogen bin, dachte ich, es sei vorbei

mit „ab 1 Uhr nachts fährt hier nichts mehr“. Pustekuchen. Ich wurde eines Besseren belehrt und fühle mich trotz dreimal so vielen Einwohner:innen immer noch wie in der Provinz.

Aber keinen Führerschein zu haben, hat auch Vorteile: so habe ich ein ausgeprägtes Organisationstalent entwickelt, wie ich möglichst effizient von A nach B komme und somit meinen Orientierungssinn erweitert. Ich bin ein echter Profi in Sachen Tarife, Abfahrtszeiten, Umsteigezeiten und Co. geworden. Zudem bewegt man sich ohne Auto im Alltag einfach mehr – ich laufe ja mindestens zweimal täglich den Weg zu meiner Bahnhaltestelle und zurück. Da bleibt man fit – vor allem in Pandemiezeiten. Dennoch wünsche ich mir natürlich die gleiche Flexibilität wie die einer Autofahrerin. Doch dafür bedarf es besserer und erhöhter Taktung, kürzerer Wege zu den Haltestellen und einfach mehr Pünktlichkeit! Nur wenn die Politik mehr Geld in den ÖPNV steckt und diesen mindestens genauso bequem macht, wie Autofahren, nur dann steigen mehr Leute um bzw. ein. Und das wäre doch eine tolle Sache, für die Umwelt und somit für uns. Und – ein schöner Nebeneffekt: Je mehr Menschen die Bahn und den ÖPNV nutzen, desto mehr Grund gibt es, ihn noch besser zu machen ... und von vorn ... endlich mal ein Teufelskreis, den ich mag. Und die Krone wäre: Der ÖPNV wird endlich als wichtiger Teil der Daseinsvorsorge anerkannt und sehr viel günstiger als heute (Beispiel Wien: 365 Euro im Jahr) oder gleich zum Nulltarif angeboten. Aber jetzt träume ich wohl.

(Zur Untermalung dieses Textes empfehle ich folgenden Song: Juse Ju „Ich hasse Autos“)

Lea Guse, 24 Jahre, ist Sozialarbeiterin, arbeitet oft nachts und braucht deshalb dringend einen besseren Nahverkehr in der Region.

Rolf Euler

E-Scooter – Roller Invasion im Revier

Seit dem vorletzten Jahr wird das Ruhrgebiet mit Elektrorollern „geflutet“. Die Firmen wie Tier bieten allein in Recklinghausen 300 Roller zum Verleih an. Sie stehen an allen möglichen Ecken herum. Ein kleiner Teil liegt im Weg. Sie werden abends mit Lieferwagen zur Aufladung gebracht. Sie sausen durch die Gegend mit bis zu 25 Stundenkilometern. Sie beunruhigen andere VerkehrsteilnehmerInnen. Die ersten Unfälle mit heftigen Folgen werden berichtet.

E-Scooter sind ein Ergebnis der „Elektrifizierung“ und „Digitalisierung“ des Verkehrs, die vor allem von VerkehrsministerInnen als Fortschritt angepriesen werden. Mit den Rollern, die Kinder früher durch alle Wohngebiete trieben, haben diese Freizeitgefährte nur die ungefähre Form gemeinsam. Sie sind der unpraktischste, labilste und unnötigste Beitrag zur autofreien Stadt, dazu relativ teuer: 10 Minuten kosten 2–3 Euro.

Die Roller sind unpraktisch: man kann weder damit einkaufen, noch Kinder zur Kita bringen, noch zu einer weiter entfernten Arbeitsstelle fahren. Der schmale Lenker und die kleinen Räder führen zu relativ unstabiler Fahrweise; Unebenheiten, wie sie auf Radwegen gang und gäbe sind, führen zu unfallträchtigen Situationen.

In den ersten neun Monaten von 2020 registrierte die Polizei in Deutschland über 1.500 Unfälle mit E-Scootern, bei denen Menschen verletzt oder getötet wurden: Sieben Menschen wurden getötet, 269 schwer und 1.096 leicht verletzt.

E-Roller sind teure Freizeitgefährte für Leute, die nicht laufen oder Fahrradfahren wollen – eine überflüssige Modewelle. Und die Frage, wo die Akkus und anderen elektronischen Materialien herkommen, die unbedingt nötig sind, wird nicht gestellt. Hunderte von Rollern, deren Lebensdauer mit einigen Monaten angegeben wird – was haben sich die Städte mit der Genehmigung eingehandelt? Mit der autofreien Stadt, mit der Forderung, Fuß- und Radverkehr zu fördern, haben diese Roller eigentlich nichts zu tun.

Rolf Euler radelt gern und viel, ist als ehemaliger Bergmann voller Sorge um die Ausbeutung von Erde und Menschen, die diese Ressourcenverschwendung produzieren.

Björn Ahaus / Claudia Harfst / Anna Laura Schnieber / Stephan Rütt

Essen steigt auf –

Die Grundlagen für den Erfolg des Bürger:innen-Begehrens RadEntscheid Essen

Im August 2020 beschloss der Rat der Stadt Essen, das Bürger:innen-Begehren RadEntscheid Essen eins zu eins umzusetzen. Damit wird die Stadt in den nächsten neun Jahren rund 230 Mio. € in den Ausbau ihres Radwegenetzes investieren, davon 60–80% über Fördermittel von Bund und Land.



Folgende Ziele des Bürger:innen-Begehrens sollen ab 2022 umgesetzt werden:

1. Ausbau des Alltags-Radwege-Netzes auf einer Länge von 80 km
2. fahrradfreundlicher Umbau von 24 Kreuzungen im Haupt- und Ergänzungsroutennetz
3. 25 km Fahrradstraßen werden modernisiert, 25 km neu gebaut, 50% der 30-Zonen in neue Fahrradzonen umgewandelt, 100 Einbahnstraßen für den Radverkehr in beide Richtungen freigegeben
4. An Hauptverkehrsstraßen im Radhaupttrouten- und -ergänzungsnetz werden (zusätzlich zu 1.) 64 km Radwege oder Radfahrstreifen in angemessener Breite angelegt
5. Radwege werden durchgängig und einheitlich gestaltet
6. 12.000 neue Fahrradstellplätze werden gebaut, davon 500 Lastenrad-Stellplätze
7. Die Stadt Essen fördert die Mobilitätswende konsequent und transparent: Ein schriftlicher Bericht über den Umsetzungsstand der vorgenannten Ziele und über die Akquise von Fördermitteln zu deren Realisierung wird jährlich in einer öffentlichen Dialogveranstaltung vorgestellt.

Zusätzlich zum Text des Bürger:innen-Begehrens beauftragte der Stadtrat die Verwaltung, im 1. Quartal 2021 ein Paket mit Sofortmaßnahmen vorzulegen.

Damit war das Bürger:innen-Begehren nur elf Monate nach der Kick-off-Veranstaltung bereits erfolgreich. Ein Ausgang, den sich die Initiator:innen ein Jahr vorher vielleicht gewünscht, aber sicher nicht erwartet hatten. Wie kam es zu diesem Erfolg?

Erfolgsfaktoren

Ein Faktor war das bewusst gewählte Timing im Jahr vor der Kommunalwahl, was den Druck auf die politischen Parteien erhöht hat. Nach der erfolgreichen NRW-Volksinitiative „Aufbruch Fahrrad“, die im Sommer 2019 abgeschlossen wurde, konnte deren Schwung für die kommunalen Bürger:innen-Begehren genutzt werden. Neben Essen geschah das in Bonn, Marl, Bielefeld und steht jetzt auch in Bochum an.

Zentral war auch die Formulierung ambitionierter Ziele, die in gewisser Hinsicht eine Konkretisierung der Beschlusslage des Stadtrates zur Verkehrspolitik darstellen. Sie wurden schon vor Einreichung des Bürger:innen-Begehrens mit dem zuständigen Amt für Straßen und Verkehr ausgehandelt. Der detaillierte Umsetzungsansatz konkretisierte das bereits 2019

von der Stadt beschlossene Mobilitätsziel, bis 2035 einen Modal Split von 4 x 25% zu realisieren (Verteilung der in der Stadt zurückgelegten Wege auf motorisierten Individualverkehr, den öffentlichen Nahverkehr, den Rad- und Fußverkehr).

Zu den politischen Faktoren kommt der Fahrradboom der letzten Jahre, das Mainstreaming der Notwendigkeit von Mobilitätswende und Klimaschutz, und ein zusätzlicher Push durch die Corona-bedingte Verstärkung des Wunsches nach lebenswerten Städten und guten Bedingungen für aktive (Nah-)Mobilität.

Das Bürger:innen-Begehren wurde durch ein vielfältiges Netzwerk unterstützt, getragen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Unternehmen und Persönlichkeiten der Stadtgesellschaft.

Vor allem aber gab es konkrete, messbare und positive Ziele, deren lebensweltlicher Nutzen sich den Bürger:innen schnell erschloss – „Wir brauchen bessere Radwege“ war eine Forderung, die großen Teilen der Bevölkerung sofort einleuchtete.

Ratsbeschluss – was nun? Wie geht's weiter mit den Aktiven und dem Netzwerk des RadEntscheids?

Die Umsetzung des RadEntscheids Essen soll laut Ratsbeschluss 2022 starten. Wir sehen unsere Aufgabe in der konstruktiven, kooperativen und wenn nötig kritischen Begleitung der Umsetzung auf der Straße wie auch im Austausch auf verschiedenen Ebenen mit Politik und Verwaltung. In Bezirksgruppen, die wir derzeit aufbauen, beschäftigen wir uns mit Analyse und Empfehlungen zum Ausbau des Radwegenetzes der Stadt und der Prioritätensetzung bei den Lückenschlüssen. Hier nehmen wir insbesondere die korrekte Umsetzung des Ratsbeschlusses nach den Standards der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) in den Blick. Zudem dürfte es angesichts der neunjährigen Umsetzungszeit wichtig werden, die öffentliche Aufmerksamkeit und Beteiligung der Bürger:innenschaft sicherzustellen.

Perspektivisch wollen wir uns in der Unterstützung von und Vernetzung mit anderen RadEntscheidungen und Mobilitätswende-Initiativen engagieren. Grundsätzlich sind die Aussichten positiv: Bund und Länder stellen so viele Fördermittel wie noch nie zur Verfügung und NRW will vor der Landtagswahl 2022 noch das Fahrradgesetz NRW beschließen. In Essen hat die neue schwarz-grüne Koalition bekräftigt, den RadEntscheid gemäß Ratsbeschluss umsetzen zu wollen. Bleibt der Wermutstropfen, dass es noch dauert, bis die ersten Projekte in Folge des Bürger:innen-Begehrens umgesetzt werden.

Die Autor:innen sind Teil des Teams von „RadEntscheid Essen“ und auch sonst vielfältig in verschiedenen urbanen Bewegungen aktiv. Der aktuelle Stand des RadEntscheids findet sich hier: radentscheid-essen.de

Stefan Hochstadt

Die Zeit ist reif. Verkehrswende jetzt!

Wer hätte das gedacht? Auch in Essen bleibt die Zeit nicht stehen. Gegen den Widerstand konservativer Kräfte werden sogar hier erste Ansätze zur Überwindung der Vormachtstellung des Autos sichtbar:

Neue Fahrradstraßen, um dem mit der Deutschen Umwelthilfe getroffenen Kompromiss zur Vermeidung von richterlich angeordneten Fahrverboten zu genügen. Ein Rad-



Entscheid, der so erfolgreich ist, dass selbst SPD und CDU nicht umhin können, sich den Forderungen anzuschließen. (s. S. 12) Weitere Mobilstationen der Ruhrbahn zur Förderung der Multimodalität, also der Nutzung unterschiedlicher Mobilitätsangebo-

te. Eine Umweltspur, die zwar noch viel zu kurz und isoliert ist, aber beispielgebend wirken könnte.

Kurzum: Der Corona-Lockdown könnte der Einstieg in den Umstieg sein. Seien wir hoffnungsvoll. Aber seien wir nicht naiv. Noch ist nur wenig gewonnen: Noch immer dominiert das Auto den öffentlichen Raum, noch immer wird viel mehr Geld in die Autoinfrastruktur gesteckt als in irgendein anderes Verkehrsmittel. Und: Die Zahl der zugelassenen PKW steigt weiter. Corona hat zu einem massiven Rückgang der Nutzung von Bussen und Bahnen in Essen (wie auch anderswo) geführt. Die Ruhrbahn hat zwischenzeitlich ihre Leistungen drastisch reduziert. Zur Sorge vor Ansteckung kommt also noch die Verschlechterung des sowieso nicht guten Angebots. Da hilft auch das neueste Produkt „Bussi“ nicht weiter, mit dem vielleicht neue „Kundengruppen“ gewonnen werden können, die Taxibranche aber platt gemacht werden könnte (erst recht mit den absehbaren neuen Pooling-Regeln im vor der Novellierung stehenden Personenbeförderungsgesetz).

Treten wir mit Vehemenz für eine Verkehrswende ein, die diesen Namen verdient. In Essen, dem Ruhrgebiet und überall: Weg von der Beherrschung der Stadt durch das Auto und den Laster. Für die Förderung des Umweltverbunds, zu dem die Ruhrbahn (als Beispiel für Essen) mit ihren Bussen, U-, Stadt- und Straßenbahnen gehört, aber auch der VRR mit seinen Regionalzügen und S-Bahnen. Zum Umweltverbund gehören selbstverständlich auch der Rad- und erst recht der Fußverkehr.

Der Radverkehr erfreut sich aktuell hoher Aufmerksamkeit und entwickelt sich zur Lokomotive der Verkehrswende. Dies sei nachdrücklich unterstützt. Mit einer substanziiell verbesserten Fahrradinfrastruktur wird die Basis gelegt für eine

emissionsfreie und gesunde Nahmobilität. Aber: Im nationalen und erst recht internationalen Vergleich hinkt Essen wie das gesamte Ruhrgebiet weit hinterher – die Anstrengungen müssen vervielfacht werden.

Am wenigsten Beachtung findet auch in Essen der Fußverkehr. Viele Gehwege sind viel zu schmal und werden darüber hinaus von Autos zugestellt. E-Scooter, Außergastronomie, Elektro- oder sonstige Kästen (z.B. für die Zwischenlagerung von Werbezetteln!), Masten usw. machen das Gehen in Essen weithin unattraktiv. Für mobilitätseingeschränkte Menschen ist Essen – das lässt sich nicht anders sagen – die Hölle. Es hört sich zwar merkwürdig an, aber die Umsetzung der neu gegebenen fußfreundlichen Regelungen im Straßenverkehrsrecht (StVG und StVO) darf schon auch in den Ruhrgebietsstädten erfolgen. Jede Verkehrswende beginnt mit attraktiven Wegen und Plätzen für Menschen, die zu Fuß unterwegs sind – unabhängig von Alter und Bewegungsfähigkeit.

Über eine eng verstandene Verkehrswende hinaus geht die Forderung nach einem öffentlichen Nahverkehr zum Nulltarif. Die unentgeltliche Nutzung von Bussen und Bahnen ist einerseits das Rückgrat einer umfassenden Verkehrswende, andererseits ist sie vor allem ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, weil erst sie die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Ohne dieses Mobilitätsangebot bleiben Menschen ausgeschlossen, selbst wenn wir gute Rad- und Fußwege haben. In weit mehr als 100 Kommunen (und mit Luxemburg einem ganzen Land) ist der ÖPNV bereits kostenlos. Die gleichwohl entstehenden Kosten für die Infrastruktur und den Betrieb werden aus unterschiedlichen Quellen gedeckt.

Aber: Ein ÖPNV zum Nulltarif ersetzt nicht die notwendige Verdichtung der Takte, die Ausweitung der Netze und eine hohe Qualität der Busse und Bahnen. Erst dieses Gesamtpaket setzt einen starken Impuls weg vom Auto hin in die Öffentlichen.

Wir brauchen Kostenehrlichkeit auf allen Ebenen. So ist es schon verwunderlich, dass der Haushalt der Stadt Essen sehr genau sagt, wie viel die Ruhrbahn kostet, aber keine Information darüber gibt, wie teuer der PKW- und LKW-Verkehr ist. Darüber gibt es für Essen keine Zahlen. Wir wissen aber aus anderen Kommunen, dass die Steuerfinanzierung des PKW-Verkehrs regelmäßig bei bis über 80% liegt – und damit deutlich mehr als der ÖPNV. Das muss sich ändern!

Eine Verkehrswende, die nichts kostet, kann es nicht geben. Aber die Kosten werden sich am Ende auszahlen – für alle, finanziell und in Lebensqualität.

Stefan Hochstadt, notorischer Nutzer der Öffentlichen, ärgert sich über zugeparkte Gehwege, einen Ordnungsdienst, dem das egal ist ... und verspätete oder gar nicht kommende Bahnen, die aussehen, als ob sie ein Hinweis auf die Attraktivität des Autos wären.

Sebastian Müller

VONOVIA: piekfeiner Dax-Konzern, immer auf's Plündern seiner Mieter aus

Vonovia tut seit einiger Zeit Einiges, um den good guy der börsenabhängigen Wohnungswirtschaft zu spielen. Der Vorstandsvorsitzende Rolf Buch sagte der Süddeutschen Zeitung im April 2020: „Solange die Corona-Krise akut ist, sprechen wir keine Mieterhöhungen in den laufenden Verträgen aus.“ und weiter: „Auch wenn man Sanierungen abschließt, erhöhe man die Mieten vorerst bis September nicht. Große Vorhaben wie Aufstockungen oder Fassadenerneuerungen stellt Vonovia zurück. Mit dem Bau neuer Wohnungen schreite man ebenfalls langsamer voran, da auch Bauarbeiter Abstandsregeln einhalten müssen.“ (SZ, 8.4.2020) Sind diese Versprechungen eingehalten worden? Ist da sogar ein Sinneswandel im Anzug? Wahrscheinlich war es ein Leichtes, solche Versprechungen zu machen. Vonovia hat schon lange die Nase vorn in der Ausplünderung ihrer MieterInnen in Deutschland. Sie ist eine professionelle Vermieterin des börsenorientierten Sektors der Wohnungswirtschaft, die steigende Mieten auch bei verschlechterter Wohnungsqualität zu realisieren versteht. Bei vielen Mietervereinen Deutschlands ist die Vonovia Thema.

In Witten eskalierte völlig zurecht ein Konflikt mit Vonovia um Mieterhöhungen für Modernisierungskosten, die Vonovia auf die Mieter und Mieterinnen abwälzen wollte. Das darf sie nach deutschem Mietrecht schon immer. Aber Vonovia weigerte sich – und das darf sie nicht –, die Gewerke zu nennen, die für die Modernisierung notwendig waren. Vom Mieterverein Witten wurde Vonovia deswegen aufgefordert, Modernisierungskosten zu nennen, die nicht von ihren eigenen Handwerksunternehmen erbracht wurden. Statt einer anständigen Abrechnung von Modernisierungskosten wurden die MieterInnen und der Mieterverein nämlich mit Rechnungen oder Verträgen der Firmen Vonovias (Vonovia Modernisierungs GmbH, Vonovia Engineering GmbH oder Vonovia Operations GmbH) abgespeist, die selbst nach einem Eingeständnis des Vorstandsvorsitzenden der Vonovia AG, Rolf Buch, nicht Rechnungen für tatsächliche Beschaffungs- oder Personalkosten für einzelne Bauleistungen sind. Es sind Konzern-Kalkulationen nach Marktvergleichen, die u.a. Managementkosten und Konzerngewinne enthalten. „Und die stellen keine Modernisierungskosten dar“, wie Knut Unger vom Mieterverein Witten richtig sagte. Bei den Mieterhöhungen im Jahr 2019 hätten diese konzerninternen Verrechnungen sicherlich 90% der angeblichen Gesamtkosten ausgemacht. Sie seien aber nicht prüffähig, inhaltlich falsch und überhöht.

Neben den behaupteten Modernisierungs- führen auch die Betriebskosten zu Konflikten mit Vonovia landauf landab. Der Mieterverein zu Hamburg berichtete, die Belege führten ständig zu Beschwerden von Mietern und Mieterinnen. Der hohe Arbeitsaufwand für die Prüfung der Mietrechnungen von Vonovia, sagte der Mieterverein, sei für die Mieter und den Mieterverein schlicht unzumutbar hoch. Aber der Umgang von Vonovia mit Beschwerden kann durchaus auch lebensbedrohlich für Mieter sein. In Bonn-Tannenbusch erlitt ein älterer Mieter im Treppenhaus vor seiner Wohnung einen

Zusammenbruch. Warum denn das? Er hätte den Aufzug gut gebrauchen können. Der funktionierte aber nicht. Schon seit Wochen war der Aufzug defekt, kam bei der Untersuchung der Gründe für den Sturz heraus. Die Antriebswelle aus den 1970er Jahren war hinüber, und schlussendlich wurde nicht nur ein Aufzug repariert, sondern der TÜV legte 8 von 16 Aufzügen in der Wohnanlage in Tannenbusch still.

In der rauen Wirklichkeit des Wohnungsgeschäfts der börsennotierten Vermieter sehen sich Mieter und Mieterinnen der Vonovia ständig gezwungen, mit Vonovia um angebliche Modernisierungs- oder Betriebskosten vor Gerichten überall in Deutschland zu streiten.

In Konstanz wurde bei der umfassenden Modernisierung eines Vonovia Baublocks, so berichtete die Zeitschrift „Der Südkurier“ im September 2019, der Zoll aktiv, der mehrfache Verstöße Vonovias gegen das Verbot von illegaler Beschäftigung feststellte. Arbeiter hatten keine gültigen Aufenthaltsgenehmigungen, ohne die sie aber in Deutschland nicht arbeiten dürfen. Die betroffenen Arbeiter wurden dem Ausländeramt übergeben und wurden aus Deutschland abgeschoben. Der Zoll hat auf der Baustelle in Konstanz über 30 Verfahren wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Ausländerrecht eingeleitet. So plündert Vonovia nicht nur Mieter und Mieterinnen aus, sondern sie beutet die Ärmsten der Armen Europas für ihre Profit-Strategien aus.

Es gab und gibt in Deutschland immer schon Alternativen zur börsenorientierten Wohnungswirtschaft. Ambitionierte Wohnungsgenossenschaften wie der Verein Trias fordern die Bundesregierung schon länger auf, die Klimafreundlichkeit von gemeinwirtschaftlich finanzierten Immobilien und Einrichtungen besser zu fördern. Bisher gibt es staatliche Förderung ausschließlich für die Nutzungsphase von Gebäuden. Eine Förderung klimawirksamer Baustoffe und von ökologischen Einrichtungen zur Entsorgung von Gebäuden fehlt bisher ganz.

In NRW haben bzw. hatten zwei andere große Wohnungsunternehmen ihren Sitz, die ihren schlechten Ruf mit Vonovia teilen: Die LEG mit Sitz in Düsseldorf, von schwarz-gelb 2006 privatisierter Wohnungskonzern: 130.000 Wohnungen. Covivio, das heute ein französisches Unternehmen mit Sitz in Metz ist, aber seine Wurzeln im Werkwohnungsbau (Thyssen, Krupp, Hoesch usw.) hat: 40.000 Wohnungen. Außerdem gibt es noch Vivawest mit Sitz in Essen bzw. Gelsenkirchen und einem Bestand von 120.000 Wohnungen. Dieses Unternehmen genießt (noch) einen besseren Ruf als die anderen big player. Allerdings arbeitet es offensichtlich (z.B. in Marl oder Essen) eifrig daran, in den Club der Bösen aufgenommen zu werden. Bestandsgebäude mit vertraglichen Mieten, Grünflächen zur kostenfreien Erholung – weg damit für ertragreichere Neubauten.

Sebastian Müller ist Soziologe und forscht seit mehreren Jahren zu verschiedenen Fragen der Wohnungswirtschaft und alternativen Betriebsformen.

Dina Jankowski

Feldwiese bleibt!

Die Welt redet vom Klimawandel, die Städte entdecken die resiliente Zukunft. Von Überhitzung und Wassersensibilität ist die Rede. Man könnte meinen, alle hätten begriffen, was die Uhr geschlagen hat.

Weg von der ungebremsen Versiegelung, der unwiederbringlichen Vernichtung von Grünflächen auch und vor allem in der Stadt. Weg vom Konsum von begrenzten Ressourcen. Statt wertvolle Rohstoffe zu entnehmen und nach ihrer Verwendung zu Abfall zu machen, geht es um Kreislaufwirtschaft. Das heißt, dass mit allen Ressourcen sparsam und nachhaltig umzugehen ist.

Ja, man könnte denken, das sei begriffen worden.

Nicht so in Essen. Hier ist man immer noch allzu schnell bereit, den Ideen eines Investors zu folgen und hurra zu rufen, wenn wieder eine Naherholungsfläche verloren geht. Erst recht gilt das, wenn der Investor die Interessen der Betroffenen gegeneinander ausspielt und mit hübschen Zutaten wie einer – natürlich dringend benötigten – Kita winkt. Oder wenn eine Grünfläche über jahrelange Vernachlässigung zu einer Brache verkommt, die man doch zum Nutzen aller „in Wert setzen“ sollte.

Genau das ist die Erzählung der Feldwiese am Plänkerweg in Essen-Katernberg, wo der Wohnungskonzern Vonovia über große Bestände verfügt, in die augenscheinlich schon lange nicht mehr investiert wurde, was allerdings nicht im Widerspruch zu inzwischen ziemlich heftigen Mieten steht, die der Konzern von seinen Mieter:innen verlangt. Warm kommen da schnell elf oder zwölf Euro für den Quadratmeter zusammen.

Jetzt trommelt Vonovia bei der Stadt – wie es scheint, mit Erfolg – für die „Überplanung“ der Feldwiese in dieser Siedlung. Die Feldwiese ist – wie der Name schon sagt – eine Wiese, die von den Menschen in der Nachbarschaft gerne genutzt wird. Große Bäume an den Rändern spenden Schatten und sorgen für angenehme Abkühlung an heißen Sommertagen, von denen es nach den gängigen Klimamodellen gerade im Ruhrgebiet immer mehr gibt und erst recht geben wird.

Die immens hohe Bedeutung der Grünfläche wurde jüngst erst vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV) bestätigt: Die Feldwiese wurde in die höchste (also die wertvollste) Kategorie der thermisch relevanten Flächen eingeordnet, ihr Verlust wäre entsprechend für die in direkter Nachbarschaft liegende Siedlung von unmittelbarem Nachteil.

Dass mit Neubauten auf der grünen Wiese zudem ein weiterer Impuls hin zu noch höheren Mieten und vor allem einer womöglich umfassenden Modernisierung der Bestandsgebäude gesetzt wird, liegt auf der Hand. Dies könnte in eine Ver-

drängung der Menschen münden, die dort heute noch wohnen – und dies zu erschwinglichen Mieten, wenn sie nicht Mieter:innen von Vonovia sind.

Die Stadt Essen hat derweil das Aufstellungsverfahren für einen geänderten Bebauungsplan (im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB) begonnen. In keiner der dort diskutierten Varianten wird die Position der Anwohner:innen (oder gar der BI) irgendwie berücksichtigt. Ein seit 1985 rechtsverbindlicher B-Plan setzt das Plangebiet als Grünanlage bzw. öffentliche Grünfläche fest; dieses Planungsziel soll mit dem neuen B-Plan zugunsten einer Nachverdichtung aufgegeben werden.



Die BI „Rettet die Katernberger Grünflächen“, die Teil der Bewegung „Grüne Lungen Essen“ geworden ist, hat mit mehreren öffentlichen Aktionen für ihre Positionen geworben und viele Argumente gegen die Überbauung eingebracht. Aber obwohl sie dabei oft auf das wohlwollende Verständnis von Politiker:innen und Parteien gestoßen ist, wiegt das Interesse des Investors offensichtlich schwerer, dessen Vorstellungen auf dem Weg sind, rechtskräftig zu werden.

Die Stadt und der zuständige Dezernent argumentieren vor allem mit dem angespannten Wohnungsmarkt und nutzen dafür auch Zahlen des Investors. Vonovia gibt für die Siedlung einen Leerstand von deutlich unter 3% an (der Wert, der oft als Grenze von angespanntem und entspanntem Wohnungsmarkt genannt wird). Auch stadtweit und selbst im sonst gerne als „schwierig“ bezeichneten Meso-Raum (Katernberg) läge der Leerstand unter dieser Schwelle. Die BI bezweifelt jedoch die Zahlen der Stadt im Allgemeinen und die von Vonovia im Besonderen, ein Leerstandskataster existiert ohnehin nicht.

Das Argument der Stadt bezieht sich auch auf den zu erwartenden weiteren Bevölkerungsanstieg und den sich daraus ergebenden weiteren Wohnflächenbedarf. Allerdings verwendet sie dafür Zahlen aus dem Jahr 2015, die inzwischen längst überholt sind und nicht mehr als Grundlage für die sonstigen Planungen genutzt werden. Vielmehr wird von einem bestenfalls sehr gebremsten Wachstum, wenn nicht von einer Konsolidierung der Bevölkerungszahl auf dem erreichten Niveau ausgegangen. Das Narrativ der wachsenden Stadt erweist sich vor diesem Hintergrund ein weiteres Mal als Mittel zum Zweck der Durchsetzung partikularer Interessen zum Nachteil der Wohnbevölkerung.

<https://www.openpetition.de/petition/online/bauvorhaben-katernberg-feldwiese>

Dina Jankowski, Sprecherin der BI „Rettet die Katernberger Grünflächen“ und Anwohnerin.

Freddy Schoknecht

Nach Kohle und Stahl: Müll-Deponien statt Naherholung

Das große Geschäft mit dem Giftmüll

Bislang sollten alle Halden, ob fertig oder nicht, in Naturlandschaften oder Erholungsgebiete für die Menschen im Revier renaturiert werden, um diese dann an die Bevölkerung zu übergeben. So stand es in jedem Planfeststellungsbeschluss.

Dann hatte jemand eine goldene Idee und der Wahnsinn begann. Im Juni 2020 meldeten die Zeitungen: Der RVR übernimmt schrittweise 20 Halden von der RAG. Aber bereits 2017 sollten es 25 sein. Die Bürgerinitiative gegen Mülldeponie Marl-Hamm begann 2017 mit ihrer aufwändigen Arbeit.



Es hat sich also die Interessen-Lage geändert. Künftig sollen von den 25 Halden im Ruhrgebiet 3 Halden für Müll- und Sondermüll-Geschäfte genutzt werden. Das sind die Brinkfortsheide-Erweiterung in Marl, die Lohmannsheide in Duisburg-Baerl und die Hüfeldhalde in Dorsten. Dafür gründete man eine Firma mit dem Namen DAH1 GmbH. Dabei handelt es sich um eine gemeinsame Gesellschaft der RAG Immobilien GmbH und der AGR Abfallentsorgungs-Gesellschaft Ruhrgebiet mbH (50:50). Die AGR ist eine 100%ige Tochtergesellschaft des RVR.

Der RVR soll jetzt den Weg dafür frei machen: So nahm der RVR diese neue Idee in seine neuen Regionalplanungen mit auf, obwohl es auf lange Sicht (bis 2035) keinen Bedarf an DK 1-Deponien gibt (DK = Deponieklasse, wobei die Ziffer 1 die Müllsorte meint: es ist Abriss aus Gebäuden und Industrieanlagen, der nicht recycelbar ist).

So sollen jetzt aus den versprochenen, begehbaren Halden und Erholungsgebieten in Marl, Dorsten und Duisburg Müll-Deponien dieser Klasse 1 für die schon geschundenen Bürger werden.

In NRW gibt es im Hinblick auf das Ablagerungspotential von DK 1-Deponien für „ablagerungsfähige Siedlungsabfälle“ keinen Bedarf neuer Deponiekapazitäten in nächster Zukunft und darüber hinaus. Aber DAH1, AGR, RAG und RVR behaupten weiter, es würden ja nur „Bauschutt, gering belastete Böden, Schlacken und Aschen aus MVA (d.h. Müllverbrennungsanlagen)“ auf die Halden kommen. Leider ist das nicht korrekt, wie es die Liste der Stoffe zeigt, die auf die Halde Lohmannsheide kommen sollen (Planfeststellung).

Den AnwohnerInnen der Bergehalden gegenüber ist diese Art der Verharmlosung zwecks Akzeptanzbeschaffung mehr als unverantwortlich.

Einige Beispiele dazu, die wir aufgedeckt haben:

- Die jahrzehntelang gelegnetete radioaktive Belastung durch das Grubenwasser des Bergwerks Auguste Viktoria in Marl, die im Silvertbach bis in Lippe und Rhein und auch schon bis in die Nord-/Ostsee nachgewiesen wurde.
- Auch die Verschmutzung des Brunnenwassers in ganz Marl-Hamm bis nach Sickingmühle durch die alte Halde, so wie auch durch die jetzige Halde und die frühere Kokelei, die jetzt schon viele private Brunnen unbrauchbar gemacht haben, wird von der Bergbehörde gelegnet.
- Die Luftverschmutzung mit Schwermetallen und Aluminium durch eine seit über fünf Jahren nicht abgedeckte Halde, die zum Glück jetzt auf Druck der Bürgerinitiative Marl-Hamm mit Erde abgedeckt wird, sind nur ein paar schwerwiegende Probleme für die gesamte Bevölkerung in Marl und Umgebung.

Trotz all der Verfehlungen, Fehler und Umweltschäden, die wir als Bürgerinitiative Marl-Hamm gegen die Müll-Deponie auf der Halde Brinkfortsheide-Erweiterung bis jetzt aufgedeckt haben, hält die Deponie-Lobby an ihrem Vorhaben fest. Ohne Wenn und Aber und egal, ob es überhaupt möglich ist, gemäß den Sprüchen: „was nicht passt, wird passend gemacht“ oder „geht nicht, gibt's nicht“.



Hier geht es nicht um das Allgemeinwohl, sondern nur um Profit. Die Menschen spielen keine Rolle.
Glück Auf!

Freddy Schoknecht, geb. 1968, verheiratet und Vater von 2 Kindern, die im Schatten der Halde groß geworden sind, Mitbegründer, Sprecher/Vorstand der Bürgerinitiative Marl-Hamm, gegen die Mülldeponie Marl-Hamm: „Wir zählen mittlerweile 350 Mitglieder und es werden immer mehr.“. buergerinitiative-marl-hamm@online.de | 0176/80151398

Lesetipp

Michael Billig

SCHWARZ.ROT.MÜLL – Die schmutzigen Deals der Deutschen Müllmafia

Freiburg i.Brsgr. 2019, Herder, 240 S., ISBN: 978-3-451-39494-2

Michael Billig, Umweltjournalist, recherchiert schon lange Zeit über illegale Geschäfte mit Müll in und aus Deutschland, über Mülldeponien und Müllexporte. Er hatte mehrere Fernsehbeiträge im NDR, RBB u.a., seit 2017 schreibt er seinen Blog „muellrausch.de“. Aktuell ist sein eindrücklicher Beitrag im Greenpeace-Magazin 2.21 (gemeinsam mit Marius Münstermann). Das hier angezeigte Buch öffnet die Augen, ist ein „Muss“ für Aufmerksame. Michael Billig warnt „...mitten in Deutschland, dem Musterland der modernen Abfallentsorgung. In der Statistik verwertet, in der Realität verklappt. Das Verklappen hat System. Das Risiko ist klein, die Gewinnspanne enorm... Die Kreislaufwirtschaft, sie läuft nicht nur unrund. Sie wird hintergangen. In ihrem Schatten hat sich eine Parallelwelt etabliert, gleichsam mafiose Strukturen.“ So im Eingang, und am Ende: „Es wird Zeit, ihren Machenschaften entschlossen entgegenzutreten. Sonst bezahlen unsere Kinder die Zeche.“

Helgard Althoff

Gegen Mülltourismus in den Bochumer Norden

Die Bürgerinitiative (BI) „gegen Mülltourismus in den Bochumer Norden“ wurde vor 15 Jahren gegründet. Der Anlass war die Umsiedlung der Firma Weber, einem Müllbetrieb, der Müll aus EU-Nachbarländern verarbeitete.

Auf Gerther Straßen rollten riesige Container, die Müll aus Holland und Belgien ankarrten. Müll aus Italien war auch schon angekündigt. Dieser Mülltourismus wurde durch die BI verhindert.

In den nächsten Jahren konnten weitere Begehrlichkeiten durch rechtzeitige Öffentlichkeitsarbeit der BI verhindert werden, wie z.B. die Aufhebung des Nachtfahrverbotes, das die Firma Remondis beantragte.

Wir mussten die Erfahrung machen, dass Schrotterwerter, Bauschuttensorger, Müllbetriebe usw., die in anderen Bochumer Stadtteilen nicht gewollt sind, unter anderem weil sie Lärm, Dreck, Staub verursachen und verkehrintensiv sind, gerne in den Bochumer Norden abgeschoben wurden.

Wir sind der Meinung, dass wir mit dem Industriegebiet an der Dieselstraße in Gerthe unser Soll erfüllt haben. Hier ist die Welt der Entsorger und Aufbereiter: Das geht über Schrott, Bauschutt, Gewerbeabfälle, Altkleidervernichtung bis hin zur Entsorgung von belasteten Lösemitteln bei der Orm Bergergold Chemie.

Die Umgehungsstraße von Gerthe, die das Industriegebiet an der Dieselstraße bedient, ist zum Teil eine Wohnstraße. Der betroffenste Straßenzug ist die Kirchharpener Straße:

- mit einem Schallpegel von 70dB(A) und darüber,
- mit einem Kfz Aufkommen von über 3,8 Millionen pro Jahr,
- mit einer Straße, die nicht für diesen Schwerlastverkehr ausgerichtet ist.

Das Verkehrsaufkommen im Bochumer Norden ist ein großes Problem. Das bestätigt auch das Verkehrskonzept BO-Nord 2019, hier ein Auszug: „Einige zentrale Knotenpunkte im Stadtbezirk sind stark belastet, z. T. überlastet, was zu längeren Wartezeiten und erhöhten Lärm- und Luftschadstoffemissionen führt.“

Nun soll die Firma Ecosoil, ein Bodenaufbereitungsbetrieb, nach Gerthe umgesiedelt werden, laut Betriebsbeschreibung mit 300 LKW-Fahrten am Tag. Der jetzige Standort der Firma ist ein Gewerbegebiet in Bochum, das durch die Ansiedlung von Verwaltung/Logistikunternehmen aufgewertet werden soll.

Der neue für Ecosoil ausgesuchte Standort in Gerthe ist völlig ungeeignet. Es handelt sich hier um das ehemalige Gelände des Dämmstoff-Unternehmens Philippine, an der Stadtgrenze zum Castrop-Rauxeler Stadtteil Merklinde.

Dieses Gelände liegt mitten im regionalen Grünzug. Hier grenzen Reiterhöfe, Wohnhäuser, landwirtschaftliche Flächen sowie Landschaftsschutzgebiete direkt an das Betriebsgelände. Da Merklinde in der Windrichtung liegt, ist davon auszugehen, dass kleinste Staubpartikel durch das Mischen und Sieben der Böden bis dorthin fliegen. Auch ein Teil der 300 LKW werden durch die zurückgebauten Straßen des Ortsteils fliegen.

Der Bürgerverein „Wir sind Merklinde“ wehrt sich gegen die Ansiedlung und hat mit der BI „gegen Mülltourismus in den Bochumer Norden“ schon zwei Protestmärsche mit über 300 Teilnehmern organisiert.

Die Politik in Gerthe auf der Bezirksebene, in Merklinde sogar auf Stadtebene, ist mehrheitlich gegen die Ansiedlung von Ecosoil. Das sind aber nicht die Entscheidungsträger, sondern sie geben nur eine Empfehlung ab.

Eine weitere BI „Gerthe West So-nicht“ protestiert schon seit zwei Jahren gegen die Bebauung des Grüngürtels West. Auf der für Gerthe so wichtigen Frischluftschneise sollen 800–1.000 Wohnungen entstehen.

Mit großem Erfolg haben wir Mitte Oktober 2020 zusammen mit der BI „Gerthe West So-nicht“ zu einem Sternmarsch mit anschließender Kundgebung auf dem Gerther Marktplatz aufgerufen. Hierbei wurden wir tatkräftig vom Bürgerverein „Wir sind Merklinde“ unterstützt. Das alles unter erschwerten Corona-Bedingungen.

Neu war, dass sich drei Initiativen zusammen getan haben, um mit geballter Kraft sich gegen eine massive Verschlechterung der Lebensqualität in ihrem Stadtteil zu wehren.

So lauteten die Kernaussagen aus den Reden der Kundgebung:

Der Bochumer Norden wehrt sich, der Schrott- und Müllplatz von Bochum zu werden!

Wir nehmen die Missachtung der ökologischen, städtebaulichen und stadtklimatischen Grundsätze nicht mehr hin!

Von Pseudobürgerbeteiligungen ohne Umsetzung von Ergebnissen haben wir genug, nehmen Sie den Bürgerwillen und Ihre Informationspflicht endlich ernst!

Durch politische Fehlentscheidungen und langjährige städtische Versäumnisse wurden Gerthe und andere Nachbarstadtteile im Bochumer Norden abgewirtschaftet!

Der Protest geht weiter!



Helgard Althoff, 1955 geboren und aufgewachsen in einem kleinen Dorf im Münsterland, mit 35 Jahren Umzug nach Bochum, seitdem engagiert in der Frauenbewegung, Kommunalpolitik (Mitbegründerin der Sozialen Liste Bochum) und in diversen Bündnissen z.B. Bündnis gegen Rechts.

Robert Bosshard

Der politische Frühling!

Der Sturm ist abgeflaut. Die energiefressende Stahlindustrie ist abgezogen. Das Kohlerevier bis auf die Wurzeln abgegrast. Zurückgeblieben sind abgehängte soziale Brachen. Vormals waren es die profitablen Weiden der Patriarchen gewesen. Aber die haben mittlerweile das hier aufgehäuften Kapital abgezogen in Regionen mit geringeren Folgekosten (nach den USA und China zum Beispiel). Und mit dem einsetzenden Verfall ihrer großbürgerlichen Fassaden hat auch das Ornament der Arbeiterklasse an Kontur verloren. Weit vom Westen ist ein verebbendes Gewittergrummeln noch zu hören (Krupp-Thyssen's letztes Röcheln). Darüber, im groben Kontrast zum erst noch prasselnden Kulturstadt- und Metropolengejohle, eine eigenartige Stille. Das fürchterliche Gefühl, allein gelassen zu sein. – Die Neurechten mögen es Freiheit nennen; die andere Vernunft erkennt darin ein Vakuum im Bereich der öffentlichen Verantwortung.

Die Matrosen des ächzend auf Grund gelaufenen schwerindustriellen Kolosses leiden an dem Verlust ihres vormaligen Halts an den alten Gewerken. Denn der im schlingernden kulturellen Wandel trockengelegte öffentliche Raum entzog den angelandeten Standhaften die für ein mündiges Leben notwendige selbstbestimmte Entfaltungsmöglichkeit. Und also kann die aus der traditionellen Arbeitsorganisation herausgerissene und ins millionenfach Private zersplitterte Bevölkerung noch keinen der neuen Situation angemessenen, gemeinsamen Nenner finden. Tatsächlich, es hat die politische Meinungsbildung die Bodenhaftung noch nicht wieder gefunden. Jetzt, hundert Jahre nach der Einführung des Massenmediums Radio (damals als Volksempfänger der Faschisten), sechzig Jahre nach der umfassenden Verbreitung des Fernsehens (als Wegweiser im Kalten Krieg) bis zum allgemeinen Zugang zum Internet vor zwanzig Jahren (fürs Screening xenophober Verschwörungstheorien), weist der politische Diskurs vorbei an den konkreten Herausforderungen der Zeit und übersieht die Fragen der alltagspolitisch tätigen Akteure. Noch immer orientiert sich die massenmediale Wissensvermittlung am Oben der Administratoren, wenn sie sich ans pragmatische Denken der Bevölkerung richtet. Deshalb tolerierte die ganze erste Generation der im neuen Ruhrgebiet Gestrandeten noch immer die milliardenschwere Finanzierung der zu Gedenkstätten sanierten ruinösen Industriecontainer und die Subventionierung der im Leerlauf übernommenen Beschäftigungsbürokratien. – Nun aber soll Schluss sein damit!

Denn tatsächlich hat ein die überbelastete Atmosphäre erfrischender Tau den zähen Frost der vergangenen Jahrzehnte in Morgennebel umgeschmolzen; und aus dem verkrusteten Tang werben die ersten Blüten für ein neues Leben. Kurzum, er kündigt sich an, der kommende Frühling. Also nichts wie runter in die durch die herumlungernden Autos total verstopften und also verkehrsberuhigten Straßen. Wir wollen unser Gesicht wieder zeigen. Zum Plausch ein paar Stühle vor die Haustüre stellen: Wir sind's, die hier wohnen. Und die Nachbarn wundern sich, kommen dazu oder eben nicht. Es geht ums Einsammeln von neuem Vertrauen, ums Hinterfragen

von Frust und Angst, um Freundschaft und Distanzierung, Urteil und Meinung. Lasst uns eine Massenbewegung aus Bürgerinitiativen generieren, denn diese Schnittstellen von Privat und Öffentlich, diese mehr oder weniger spontan sich findenden, eben halböffentlichen Vereinigungen (vom reaktionären Stammtisch bis hin zur revolutionären Verschwörung) sind von großer Bedeutung für das vom konkreten gesellschaftlichen Alltag der Bewohner ausgehende basisdemokratische Engagement, bilden den Ausgangspunkt zu jedem politischen Frühling. Zum Beispiel der unter nachbarschaftlichem Druck thematisierte und schließlich realisierte Abriss der wie düstere Särgen in den versiegelten Innenhof des Wohnblocks gezwängten Garagen. Dies als Anfang, um im Anschluss, fachfremd unterstützt, die Durchsetzung einer Erneuerung der städtischen Bauordnung zu erzwingen, welche bei Neubaumaßnahmen keine Autostandplätze mehr auf dem Grundstück nachzuweisen fordert, aber statt dessen eine obligatorisch luxuriöse Freiraumplanung zugunsten der jungen und alten Einwohner abfragt. Natürlich, auch solche Eingriffe verursachen Kosten, es fallen Subventionszuschüsse wie auch Ausgleichszahlungen an, aber, da im lokalen Alltag verwurzelt, kann mit dem Preis auch die Nachhaltigkeit verrechnet werden. Auch sind die Mehrausgaben auszugleichen, mittels Vertagung der irre teuren Reparaturen an zusammenbrechenden Brücken, deren Umwidmung in Fuß- und Radstege zum Beispiel ... aber bei all dem ist nicht zu vergessen, dass jeder politische Frühling von einer tiefgreifenden Bildungsreform begleitet sein muss, und diese politische Großoffensive mittels massenhafter Kulturinitiativen in der Halböffentlichkeit jedes einzelnen Ortsteils zu verankern ist. Nach der Statistik zählt heute das Ruhrgebiet ja noch zu den ärmsten Regionen ganz Deutschlands, aber in Lebensqualität bemessen ist das Revier eine der zukunftsversprechendsten Oasen des zivilen Anstands.

Robert Bosshard, Jg.1939, wohnt in Oberhausen.

Lesetipp

Martin Döring und Susanne Kost

Garzweiler – eine Spurensuche

Münster 2020, Westfälisches Dampfboot, 274 S.

ISBN 978-3-89691-272-5

Diese vielschichtige „Spurensuche“ (ab 2016) ist eine empirisch fundierte, wissenschaftlich eingebettete und populärwissenschaftlich aufgearbeitete Darstellung der „menschlichen Kosten“ rund um den Tagebau Garzweiler und dessen Folge(n)landschaft. Auf der Grundlage von Interviews mit betroffenen Bewohnern, mit Politikern, Planern, Verwaltungsfachleuten, Wirtschafts- und Konzernmanagern bildet das Buch jenseits etablierter medialer, energiepolitischer oder ökonomischer Aspekte insbesondere die Bewohnerperspektive auf den Braunkohlentagebau ab. Döring und Kost dokumentieren und analysieren die gegenwärtigen Lebenssituationen der Umsiedler und zukünftigen Tagebauwandbewohner, den Umgang der Bewohner mit ihrem Heimatverlust, die damit einhergehende Komplexität der sozialen, baulich-räumlichen und persönlichen Veränderungsprozesse sowie ihre Bewältigungsstrategien, die dabei helfen könn(t)en, zielgerichtet eine sozial nachhaltige Zukunft auf Vergangem – eine vergangene Zukunft – zu entwickeln.

Peter Strege

Lob der Brache,

denn keiner, der nicht auszog, Fremdem zu begegnen in jungen Jahren, weiß von Veränderungen, die keiner veränderten Nutzung, keiner entsorgenden, besorgenden Verschönerung „entsprangen“, die so gravierend und in ihrem Fremdsein uns, die in Traute gebliebenen Anrainer, so verunsichern, wie Begegnungen mit natürlicher Veränderung, die seltsamer Weise Verwilderung genannt wird. Aus ehemaligen, durch industriellen, d.h. für Menschen nützlichen Ge-oder Verbrauch von Gelände, oder einfach nur durch Nutzung überformte Gebiete, gezeichnete, bezeichnete Arbeits=Produktions- und Wohn=Reproduktions-Anlagen, werden Areale nun ohne Nutzung, nutzlos! Sie sind befreit. Bleiben, wenn sie sich selbst überlassen werden, natürlichen Prozessen überlassen, wie wir gemeinhin Aneignung durch Naturvorgänge nennen und damit Renaturierung meinen, Dabei sind als Vorbilder jene Natur Landschafts=Kulturlandschaftsbilder gemeint, die, betrachtet man diese „natürlich“ benannte, von Menschen gutgemeinte Wiederherstellung der vormals durch ihre emsige Arbeits=Lebensspezifik entstandene „Industrie-Kulturlandschaft“, dann sind unweigerlich parkähnliche, einem bestimmten Romantikverständnis entsprungene Muster zu erkennen.

Was den heutigen, den postmodernen Menschen entgegen kommen soll, sollte gefällig im Anfühlen und als schön wahrnehmbar sein. Lebensfreude versprühen und damit jenem zuvor gegolten habenden Herrschaftsanspruch über die Natur weiterhin genügen. Jedoch – das ist der Plan und die dazu gehörige Idee – ist schnell zu spüren, dass Natur von dieser, sie als „befreitem“ Partner, keinerlei willfähige Bereitschaft zeigt, solchem Vorbild einer „schönen“, wenn nicht gar aparten Wildheit zu genügen. Nein! Natur ist in ihrer spontan daher wachsenden Eigenart dermaßen unbekümmert und bar jeglicher ihr unterstellten in keinster Weise bereit, der von den Menschen, die sie wieder zugelassen haben, gedachte Gedeihlichkeit vorzuweisen. Natur macht was sie will und ist somit den Menschen näher, als diese es wahrhaben wollen.

Es entstehen Brachen, auf denen sich Pflanzen und Tiere auf eine Art und Weise tummeln, die dem Besucher, wenn er sich überhaupt in die Gelände wilder Hinterlassenschaft voroder einzudringen traut, Furcht einflößen und Grauen lehren können. Andererseits können wir dort unvermutet an einem Stück Naturerleben teilhaben, das uns aus den uns bekannten Regionen ziemlich abhanden kam. Wir könnten sehen, wenn wir es wollten, dass Natur anders daher kommt, als wir es uns als schön-ursprünglich vorstellen und wir könnten, wenn wir wollten, so auch etwas über unser Kulturverständnis erfahren.

Vielleicht hat sich ja auch deshalb der Naturbegriff sprachlich, – wie etwa in den Zugabenerläuterungen bei künstlich optimierten Lebensmittel – hin zur Naturidentität verändert? Und meint damit das, was mit Naturnähe, als einer missverständlichen Standortbezeichnung des lesenden Zuschauers betrachtet werden kann?

Das Umgehen mit dem, was Brache heißen kann oder soll ist sehr mehrdeutig. Für den Rasenkantenschneider ein Gräu-

el, weil eindringende Wildnis, vor der in jedem Fall Abwehr höchstes Gebot – und das zum Schutz der Kultiviertheit des Besessenen, des Besitzes – ist; für den Naturliebhaber eine erwünschte Herausforderung, der sich zu stellen, es den Umgang mit Fremdem zu bestehen gilt. Aber auch für den Naturschützer, denn der lernt das, was er schützen möchte, möglicherweise als etwas kennen, von dem er nicht dachte, nicht hat wissen können, dass er dieses, was sich so gebärdet, hätte jemals schützen wollen.

Die Brache, so ist einzusehen, ist durch jene wilde Unvorhersehbarkeit gekennzeichnet, quasi ungekennzeichnet, eine Terra Inkognita, weißer Fleck, birgt soviel Fremdheit, so viele Möglichkeiten, dass planerische Absichten, durch Umnutzung und verschönernden Umgang mit frei gewordenen Ressourcen, in jedem Fall vorschnelle Entscheidungen sind.

Zumindest sind die Irrtumswahrscheinlichkeiten, die in jeder bewussten Rekultivierung und vermeintlichen wiedergutmachenden Nach- und Umnutzung liegen als größer zu vermuten, als es selbstsichere Aussagen über das Kommen- de besagen. Aneignung hingegen von bislang unbekanntem heranwachsenden Gedeihen hieße sich als Teil der Natur zu begreifen und sich somit in dem Gesamtprozess einbezogen zu erproben.

Was letzten Endes nichts Anderes wäre, als die in der Veränderung jedweder innewohnende Chance, nicht nur selbst entworfenen sondern auch selbstständig gewachsenen Phänomenen zu begegnen. Dem willensgebeugten Tun wäre eine – ähnlich unseren Alterungsprozessen – „Dehnungsfuge“ möglicher anderer Erfahrungen beigegeben, die befruchtend wirken könnte.

Peter Strege lebt seit 1982 im ehemaligen Pumpwerk der EG in Dortmund-Huckarde.

Lesetipp

Lesebuch Friedrich Grotjahn

zusammengestellt von Beate Kasper

Nylands Kleine Westfälische Bibliothek 97, Nyland-Stiftung Köln 2020 im Aisthesis Verlag. 158 S.

AMOS-Mitherausgeber Friedrich Grotjahn ist angekommen im Literaturland Westfalen. Das Rheinland gilt oft als quirlig und Westfalen als behäbig, aber das stimmt nicht mehr! Auch dank mancher Personen im Umkreis vom LWL Landschaftsverband Westfalen-Lippe (und seiner Museen) und einer neuen, kritischen, alternativ orientierten Szene der Uni-Stadt Münster ist „Westfalen“, „das Münsterland“ u.a. erfreulich aufgeweckt, anregend wach. Vorbei ist die Zeit, wo wir aufmüppige Schüler in den 1950er Jahren sagten, die Steigerung von „schwarz“ sei Münster (und Paderborn!). – Beate Kasper hat für die „Kleine Westfälische Bibliothek“ Friedrich Grotjahns Texte klug ausgewählt („Pastor Schäfer-Geschichten“, gelungene Kurzgeschichten, Biografisches und Tierisches) und mit einem genauen Nachwort versehen. Seine hier versammelten Texte sind wie neu geschaffen und wie neu zu lesen. Grotjahn schreibt fürs Wach-Werden, gegen Anpassung, so wie er selber sein Leben gelebt hat, vor Brüchen nicht zurückgeschreckt ist. „Ich will erzählen, will aber nicht unbedingt überzeugen. Das muss die Erzählung selber tun.“

Tomas Grohé

Statt Sand- und Kiesraubbau: Bauen mit Holz

Anlässlich einer persönlich adressierten Anfrage bezüglich des Vorschlags von IHK und Kiesindustrie, im Rheinbogen bei Mündelheim ein größeres Kiesabbauareal planerisch im neuen Regionalplan Ruhr festzulegen, habe ich meine persönliche Position zu dieser Frage formuliert. Hintergrund dafür sind meine beruflichen Erfahrungen (ökologisches Planen und Bauen / Landschafts- und Regionalplanung).

Aktuell findet bei mir eine gewisse „Radikalisierung“ statt – einerseits ermuntert durch die vielen und sehr engagierten jungen Menschen von Fridays for Future und andererseits durch eine Verpflichtung gegenüber bald vier Enkel:innen zu ernsthaft enkeltauglich nachhaltiger Politik. Hier sind meine Eckpunkte:

- Kein Kies- und Sandabbau mehr nirgendwo ohne einen öffentlich nachprüfbar Nachweis der Notwendigkeit für ein bestimmtes Vorhaben, Produktionsverfahren. Die Vorlage eines solchen Nachweises ist gesetzlich festzuschreiben wie eine Umweltverträglichkeitsprüfung in normalen Planverfahren.
- Zur Verstärkung dieses Regelmechanismus würde ich mich für die Einführung eines Sand- und Kies-Euros einsetzen. Dessen Höhe kann ich nicht einschätzen, aber sie sollte so berechnet werden (z.B. ganz radikal: 10% des Preises einer Tonne Sand oder Kies), dass es weh tut und den Marktpreis in eine Höhe treibt, wo sich jeder Sand-Verarbeiter ernsthaft überlegt, ob es nicht sinnvollere und zugleich preiswertere Alternativen gibt (z.B. recycelten und aufbereiteten Bauschutt).
- Das bloße Umsatzinteresse der Kieswirtschaft an sich ist kein solcher Nachweis! Da gibt es für mich auch nicht den üblicherweise reklamierten „Bestandsschutz“: Diese Produktionsweise vernichtet objektiv natürliche Ressourcen (Sande und Kiese) und lässt auch ganze Landschaften verschwinden. Derlei Raubbau an der Natur hat für mich keinen Anspruch mehr auf konservierenden Schutz vor notwendigem Wandel (vgl. Ausstieg aus Kern- und Kohleenergie)!
- Der damit verbundene Wegfall von Arbeitsplätzen kann (und sollte) durch geförderte Umschulung der Betroffenen zu einem Beruf mit Zukunft aufgefangen werden: „Fachkraft für Baustoffrecycling“ nenne ich das mal. Ein sicher anspruchsvoller Beruf mit Kenntnissen in Physik, Chemie und Baustoffkunde.
- Und dasselbe gilt für die Unternehmen: Umstellung ihres Geschäftsmodells auf das weite Feld der Baustoffaufbereitung. Das öffnet dann das Tor zu neuen Forschungs- und Arbeitsfeldern, verbunden mit neuen Fördermöglichkeiten und auch wieder zu künftigem Bestandsschutz.
- Zufall (oder Notwendigkeit?) – jedenfalls fühle ich mich in meiner Meinung bestärkt: Am 25.1.21 war der Presse zu entnehmen, dass der Verband der Entsorgungswirtschaft (BDE) fordert, „den Weg für eine bundesweit einheitliche Wiederverwertung von Bauschutt freizumachen.“ Wieder einmal wird Bauminister Seehofer als Fortschrittsbremser angeführt, an dem das schon laufende Verfahren zu einer solchen Regelung zu scheitern droht. Aber das wäre ein notwendiger, eigentlich längst überfälliger Schritt!
- Außerdem: Gerade im RVR-Gebiet hat der Club der Waldbesitzer (der RVR ist der größte von ihnen) erhebliche Probleme mit der Vermarktung des Schadholzes, das in großen Mengen als Ergebnis von Dürre und Käferpandemie in den Wäldern rumliegt. Hier sehe ich das Land und die Kommunen in der Pflicht, endlich eine Holzbau-Initiative zu starten, um mit dieser riesigen Holzreserve nachhaltiges und ökologisches Bauen zu fördern: Bauen mit Holz hat viele inzwischen zahlreich belegte ästhetische, bautechnische, ökologische, wohnklimatische, energetische Vorteile und überzeugende gebaute Beispiele gibt es auch vom Einfamilienhaus über diverse Bürobauten bis zum mehrgeschossigen Hochhaus. Aktuelles Großbeispiel: das neue Institutsgebäude der Uni Herdecke.
- Und als denkbare Möglichkeit zur Nutzung der schon vorhandenen zahlreichen Baggerlöcherseen: es gibt interessante Modelle von schwimmenden Solaranlagen ...

Tomas Grohé ist Bezirksverordneter in Gelsenkirchen und sachkundiger Bürger der Fraktion Die Linke im RVR und in Gelsenkirchen. Er war Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungs- und Städtebaupolitik der Partei Die Linke.

dazu:

Nach und nach setzt sich die Erkenntnis durch, dass das Bauen mit nachwachsenden Rohstoffen, allen voran Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft, das Zeichen der Zeit ist. Dies spiegelt sich inzwischen sogar in mancher Landesbauordnung wider. In NRW braucht man dafür wohl ein bisschen länger, denn hier ist der Baustoff Holz noch immer „erklärungsbedürftig“. Statt immer mehr Ressourcen zu entnehmen und nach Gebrauch auf den Müll zu schmeißen, ist es höchste Zeit für Kreislaufwirtschaft – auch und vor allem am Bau.

Das ist die Position der Initiator:innen („Architects for Future“) der „Bauwende-Petition“ – mit mehr als 57.000 Unterschriften schon jetzt erfolgreich. Sie fordert eine klimagerechte, ökologisch und sozial nachhaltige Bauwende. Dazu gehöre zentral das Bauen mit gesunden und kreislauffähigen Materialien, z.B. Holz. In vielen Bauordnungen wird dieser Werkstoff aber noch diskriminiert. Das muss sich ändern. Für weitere Informationen: <https://www.architects4future.de/petition-bauwende-jetzt>

Am 1. März 2021 hat die Initiative ihre Petition vor dem Petitionsausschuss verteidigt: „Dort sind unsere Forderungen auf viel Zuspruch sowie einige interessante Fragen gestossen.“

Johanna Fleischhauer

Deutsch lernen in Djibouti?

ZWURF

„Moijn, moijn!“ begrüßte mich in einem Café am Roten Meer ein eritreischer junger Mann, etwa 30 Jahre alt. Er grinste, als er meine Verblüffung sah. Neugierig, wie er zu diesem norddeutschen Gruß gekommen war, lud ich ihn ein zu einem Glas Tee. Er hatte als Teenager die Schule geschmissen. Ohne es den Eltern zu sagen, zog er mit Freunden Richtung Äthiopien, wo es angeblich gut bezahlte Arbeit gab. Enttäuscht wanderte er dann weiter bis Ruanda, und wieder nördlich bis Djibouti, wo er auf viele ausländische Soldaten traf. Hier verdiente er endlich besser und lernte auch fremde Sprachen: Englisch sprach er fließend, französisch ganz passabel, dazu etwas deutsch und japanisch. Er war aus Heimweh zurückgekehrt in der Hoffnung, als Fremdenführer zu arbeiten. Soweit seine Geschichte.

Den Grund für die Sprachenvielfalt in Djibouti findet man rasch im Internet. In dem kleinen Land am Horn von Afrika, direkt an der Meerenge Bab el Mandeb, liegen Militärbasen von Staaten aus aller Welt, meist in den letzten zwanzig Jahren gegründet. Die **Franzosen** allerdings sind als Kolonialmacht schon seit 1932 präsent. 1977 schlossen sie mit der Regierung des unabhängigen Djibouti einen Pachtvertrag für Cape Lemonnier, das jetzt mit über 1.500 Soldaten ihre größte Militärbasis außerhalb Frankreichs ist.

2002, zu Beginn des „War on Terror“, gründeten die **USA** in der Nachbarschaft ihre erste, bedeutendste Militärbasis in Afrika mit ca. 4.000 Militärs und Zivilisten. Sie umfasst eine Station zum Abschuss bewaffneter Drohnen, der größten außerhalb Afghanistans, die Ziele im nur 20 Seemeilen entfernten Jemen und in Somalia angreift.

2008 folgte die erste **EU**-Marinemission „Atalanta“, geführt von Deutschland, mit wechselnden Schiffscrews u.a. aus Spanien, Italien, den Niederlanden. Sie kontrolliert von Djibouti aus die Gewässer rund um das Horn und den Golf von Aden. Ihr Mandat gegen Piraterie, die es hier kaum noch gibt, scheint überholt, die Zahl der Soldaten wurde reduziert. Also, drängte kürzlich die „WELT“, sollte das Mandat bald

ausgeweitet werden, Pläne der EU dazu gebe es bereits. Was interessiert EU und USA wirklich an dieser Region?

Vom Indischen Ozean kommend transportieren Containerschiffe täglich die Waren aus Südostasien am Horn von Afrika vorbei zu uns; auch die Tanker mit arabischem Erdöl fahren durchs Rote Meer und den Suezkanal zu den europäischen Häfen. Umgekehrt nehmen Kriegsschiffe der USA und ihrer Koalitionäre die Route, um vom Mittelmeer zu ihren Stützpunkten am Persischen Golf, in den Irak und nach Afghanistan zu gelangen. Ihre Lage macht die Region zum Brennpunkt geopolitischer Interessen und Interventionen.

Auch neue Akteure mischen mit, teils als Verbündete willkommen, teils als Konkurrenten misstrauisch beobachtet.

Russland sicherte sich vor kurzem, 2020, Nutzungsrechte im Hafen Port Sudan am Roten Meer.

In Djibouti hat **Japan** seit 2011 einige hundert Soldaten stationiert.

China baut dort eine Militärbasis seit 2017.

Die **Vereinigten Arabischen Emirate** nutzen seit 2011 Stützpunkte auf Inseln im Golf von Aden, im eritreischen Asab und in Somaliland (Berbera und Bosaso).

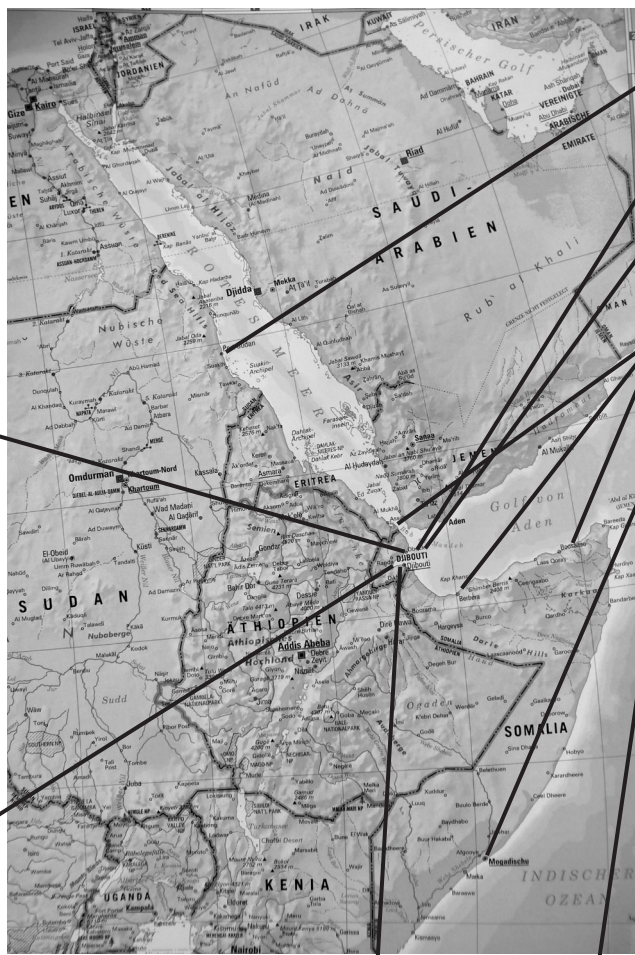
Die **Türkei** betreibt schon seit 2000 eine Militärschule im somalischen Mogadishu.

Indien erwarb 2015 Land für eine Militärbasis auf den Seychellen.

Länder der Region können begrenzt von den ausländischen Basen profitieren, z.B. durch Pachtgebühren, durch die Eisenbahnlinie, die China vom Hafen Djibouti zur äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba baute oder durch Impfdosen gegen Corona, die Indien den Seychellen spendet. Aber es werden auch Informationen gesammelt, Truppen ausgebildet, Waffen geliefert und verbündete Kräfte in der Region unterstützt, die nicht zum Wohl ihrer Länder handeln. Die Staaten, die Militärbasen betreiben, entscheiden nach strategischen und kommerziellen Interessen und beachten kaum die lange, leidenschaftliche Suche der Bevölkerung in dieser von Kriegen erschütterten Region nach Entwicklungschancen, Frieden und Selbstbestimmung.

Anmerkung zur Karte: Die Linien zeigen die Verbindung zwischen den Orten, an denen Militärbasen liegen, und den im Text genannten Ländern, die die Basen betreiben. (Die Seychellen liegen im Südosten außerhalb der Karte.)

Johanna Fleischhauer ist Sozial- und Politikwissenschaftlerin mit Schwerpunkt auf afrikanischen Entwicklungen.



Rolf Euler / Hartmut Dreier

Menschenort 47

Ökobauer Theo Schürmann – Theos Farm in Oer-Erkenschwick

Regnerischer Tag Ende Januar 2021. Theo packt erst im Hofladen noch Waren nach und dann zeigt er uns vor dem Hof von 1860 sein Lieblingsplakat: „Wir haben die Erde nur von den Kindern geborgt“, ein Luftfoto seines Feldes, auf dem er vor Jahren die Sonnenblumen so gesät hatte, dass sie die Schrift im Kleefeld klar erkennen lassen! Darüber die Inschrift im Türbalken: „Von guten Mächten wunderbar geborgen...“, das Wort von Bonhoeffer – seine Grundanschauungen. Darauf kommt er wieder zurück im Gespräch am großen Tisch in der alten Wohnküche. Auf diesem Bauernhof an der Grenze zwischen Recklinghausen und Oer-Erkenschwick, der seit Generationen im Familienbesitz ist, wurde er 1958 geboren und mit der Arbeit zusammen groß. Traditionelles bäuerliches Münsterländer Milieu, Jugend auch mit Wahlkampf für die CDU. Überall nachbarschaftliche Hilfe – man kennt sich. „Die Mutter meines besten Schulfreundes überzeugte meine Eltern, lasst ihn mit auf das Hittorf Gymnasium in Recklinghausen. Später kann er immer noch Bauer werden.“

Gut, dann Abitur. Theo war sehr gut in Mathematik. Was nun? Statistikstudium an der Uni in Dortmund. Aber: tagsüber Studium, abends, am Wochenende und so oft es sein musste half Theo auf dem Hof. Anpacken wo es nötig ist. Der Hof ein traditioneller mit Schweinemast, Chemie und Kunstdünger im Stall und auf den Feldern, wie überall in Oer.

1970er Jahre – an der Uni in Dortmund öffnete sich die andere Welt für Theo, linker AStA, Friedens- und Ökologiebewegung, viele Diskussionen, und damit viel Diskussionsstoff zuhause und im Dorf. Die Statistik ist dann aber doch unbefriedigend, die Ideen der Uni wirken jedoch weiter. Nach viel Nachdenken übernimmt Theo den Hof, aber konsequent: „Ich stelle um!“ Mit Elan wird Theo Schürmann der erste, und für viele Jahre der einzige Ökolandwirt in Recklinghausen und Oer-Erkenschwick. Roggen ist der erste Versuch: gelungen. Anderes klappt mal nicht – durchhalten ist angesagt. Ein Ökobäcker wird sein fester Abnehmer. Stückweise hat er die Felder umgestellt, entgiftet. Seine Frau hatte Beruf und Einkommen, sonst hätten sie es wohl nicht geschafft. 3 Kinder wuchsen heran. Man hielt als Großfamilie zusammen, auch wenn es wegen der Umstellung zu Bio natürlich Auseinandersetzungen gab. „Die Bauern ringsherum hielten mich für einen Spinner, keiner ist gefolgt. Sehen die nicht, was Klima und Umwelt erfordern?“ Aber sie hielten trotzdem nachbarschaftlich zusammen. Theo half ihnen und sie halfen ihm.

Die ökologisch beeinflussten Menschen in der Region unterstützten Theos Farm. Sein Bauernladen wuchs, sein Vieh bezog er von anderen Öko-Bauern. Nach vier Jahren hatte er 1987 die Bio-Landwirtschaft geschafft und wurde zertifiziert. 30 ha Land, 200 Legehennen, 20 Rinder, 10–20 Schweine, inzwischen auch Pensionspferde. Seine Kühe geben Milch für die Kälber, nicht für den Vertrieb. Ein Huhn legt rund 200 Eier im Jahr. „Die Hühner wohnen auf dem Hof in Oer und picken tagsüber auf der Wiese in Recklinghausen“, so wenig Grenze zwischen Oer und Recklinghausen geht hier.

Aber Theo war mit Biolandwirtschaft nicht zufrieden, die Anti-Atombewegung und die Energiewende kamen dazu. Der Plan reifte: „Wir machen Wind-Energie. Wir brauchen 100 Leute, die 1.000 Mark geben.“ Begeisterung bei vielen Menschen. Beim genaueren Planen entschieden sie sich für ein größeres Windrad für 170.000 Mark. „Wir brauchten eben 170 Menschen, und die fanden sich!“ In Eigenarbeit wurden Kabeltrasse und das Fundament ausgehoben. „Es war das erste Windrad weit und breit.“ Am 16.6.1992 wurde es eingeweiht. Vor einigen Jahren musste das Windrad ersetzt werden durch eine größere Anlage, das betreibt nun eine regionale Windenergiefirma. „In meinem Alter mag ich nicht mehr in 72 m Höhe klettern und was reparieren... Außerdem: diese jahrelange Politik gegen Windenergie macht uns das Leben schwer.“

Vor einigen Jahren sind noch die „Ackerhelden“ auf einem Acker dazu gekommen: Menschen aus den umliegenden Orten, die auf einem Stück Land ihr Gemüse und ihre Kartoffeln selber pflanzen und ernten. Gesellschaftlich wirken ist auf Theos Farm immer noch die Devise. Als erster Ökobauer erhielt er den Agenda-21-Preis. Als Vorbild hat er aber ernüchternde Erfahrungen bei den anderen Bauern vor Ort. Sie respektieren seinen Öko-Weg, aber keiner stellte bisher um.

So ist Theos Lebensprojekt für ihn, für die Großfamilie und für die weitläufigen Freundeskreise eine großartige Nische. Unter einem Dach leben sie alle zusammen. Theo strahlt immer noch die Energie des Anfangs, viel Hoffnung und die Freude an der Veränderung aus. Wer wird den Hof eines Tages übernehmen? Theo ist 62. Er wartet. „Die Kinder werden ihre Wege selber finden.“ Die gegenwärtigen Bewegungen der Fridays tun auch ihm gut mit Blick auf die Zukunft.

Homepage: <https://www.theos-farm.de> | Kontakt: Börster Grenzweg 56, 45739 Oer-Erkenschwick. Email: theo.schuermann@gmx.de

Hartmut Dreier lebt mit Familie seit 1969 im Ruhrgebiet, immer verbandelt mit AMOS, bis 1977 in Bochum, seitdem in Marl. Auch hier hat Ökobauer Theo seinen guten Namen. In den 1990er Jahren predigte Theo in der ev. Pauluskirche Marl-Hüls zu Erntedank und in der benachbarten kath. Herz Jesu-Kirche in den „legendären“ Gottesdiensten mit Pfr. Hermann Josef Coenen und der Band SOMA um Jörg Schneider.

Rolf Euler ist immer neugierig, was sich seit 1967 unter und über Tage Neues tut, was zwischen Bergmannsgeschichte und AMOS-Zukunft passiert.



Norman Paech

Das Ende von Oslo: Eine neue EU-Strategie für Israel-Palästina European Council on Foreign Relations distanziert sich von der Zwei-Staaten-Lösung

Hugh Lovatt

*The End of Oslo. A New European Strategy on Israel-Palestine – Policy-Brief
December 2020 – European Council on Foreign Relations.
https://ecfr.eu/wp-content/uploads/Lovatt_End-of-Oslo.pdf*

Der in Oslo 1993 begonnene Friedensprozess ist tot. Diese Erkenntnis hat sich in den letzten Jahren bei allen Beteiligten des Konflikts durchgesetzt. Doch welche Folgerungen sind daraus zu ziehen, welche Perspektiven lassen sich entwickeln? Diese Frage muss sich auch die EU stellen, die nicht nur durch etliche ihrer Staaten, sondern auch selbst tief in die politischen Auseinandersetzungen verstrickt ist.

Nun hat der European Council on Foreign Relations (ECFR) im Dezember vergangenen Jahres ein Dokument vorgelegt, mit welchem sein Autor Hugh Lovatt Vorschläge für eine zukünftige europäische Strategie erarbeitet. Der ECFR ist eine NGO von über 200 Persönlichkeiten, die von George Soros' Open Society Foundation und anderen Stiftungen finanziert wird und sich der europäischen Außenpolitik widmet. Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, ist einer seiner Vorsitzenden.

Trotz des Eingeständnisses, dass die EU in ihren Bemühungen gescheitert ist, eine grundsätzliche Lösung im Konflikt zwischen Israel und Palästina herbeizuführen, reklamiert das Papier doch zwei wichtige Erfolge für die EU: die Blockierung des Friedensplans des ehemaligen US-Präsidenten Trump und die Verhinderung der formalen Annexion durch Netanjahu. Unabhängig davon, ob sich nun die EU diese beiden Ergebnisse an die Brust heften kann, haben sie nichts an der Ein-Staat-Realität mit unbegrenzter Besetzung und ungleichen Rechten ändern können – ein Reservoir für Instabilität, Radikalisierung und Gewalt. Das Papier spricht selbst von Apartheid.

Während mehr als 1.000 Parlamentarier ihre Regierungen aufforderten, aktiv gegen Israel vorzugehen, wenn es seine Pläne zur Annexion verwirkliche, und parlamentarische Initiativen aus Belgien, Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden Sanktionen forderten, hielten die Offiziellen der EU weiter am Oslo-Friedensprozess fest. Das Papier geht nüchtern all den Fehlern und Versäumnissen europäischer Politik nach, die die Gewichte immer mehr zu Lasten der Palästinenser verschob und den Israelis eine Politik permanenter Kontrolle, Diskriminierung und Ungleichheit ermöglichte. Es übersieht auch nicht, dass die desolate politische Verfassung der Palästinenserinnen und Palästinenser in der Westbank wie im Gaza-Streifen mit der immer weiteren Kürzung der ausländischen Gelder zusammenhängt. Zusätzlich sperrt Israel jährlich erhebliche Steuern, die der Palestine Authority (PA) zustehen, was das Haushaltsdefizit weiter verschärft und zu einem finanziellen Zusammenbruch führen kann. Nimmt man die verbreitete Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Führung und die Ansammlung großer Waffenbestände sowohl in der Westbank wie in Gaza hinzu, so könnten daraus Gewaltscenarien wie in der West-Sahara oder Nagorny-Karabach entstehen, wenn das Ziel der Unabhängigkeit und

der Verfügung über die eigenen natürlichen Ressourcen hinter dem Horizont verschwindet.

In dieser bedrohlichen Situation sei ein neues Paradigma notwendig, wie es von jüngeren palästinensischen Stimmen gefordert wird. Etwa Inès Abdel Razek, eine ehemalige Mitarbeiterin im Büro des palästinensischen Premierministers: „Gleichgültig, ob es durch einen oder zwei Staaten verwirklicht werden kann, ein neues Paradigma muss in erster Linie die aktuelle Ein-Staat-Realität eines nichtendenden Siedlerkolonialismus in Frage stellen und sich jeder ethnischen Diskriminierung widersetzen.“ (S. 18) Dies trifft sich durchaus mit Stimmen der israelischen Linken und des Friedens- und Anti-Besatzungs-Lagers. Aber es wird die größte Herausforderung sein, auch nur eine bedeutende Minderheit der israelischen Öffentlichkeit für diese Strategie der Gleichheit zu gewinnen. Dennoch können es sich die Europäer nicht erlauben, dass das Erbe der Trump-Administration überlebt. Jeder Ansatz, der auf ethnischer Ungleichheit und der Fortdauer der Besetzung beruht, wird nie die Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung erhalten.

Lovatts Empfehlungen für eine neue europäische Strategie stützen sich deswegen auf zwei Eckpfeiler: Gleichheit und Beendigung der Besetzung (deoccupation). Dieser Ansatz sei eher als eine dogmatische Fixierung auf Verhandlungen oder den Oslo-Rahmen mit einer Zwei- oder Ein-Staat Lösung vereinbar: „Er wird der EU erlauben, weiter an ihrer Vision von zwei Staaten zu arbeiten, indem sie versucht, die Palästinenser aus ihrer gegenwärtigen Realität der Apartheid zu befreien und so die Grundlagen für eine zukünftige europäische Wende zu einem Staat zu legen, wenn erforderlich.“ (S. 19) Das würde keinen Bruch mit der bisherigen Politik bedeuten, aber die logische Evolution der eigenen Bekenntnisse über Jahrzehnte. Er erinnert an einen Satz der Repräsentantin der EU für den Friedensprozess im Nahen Osten, Susanne Terstal, auf dem Hearing des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments: „Es gibt nur eine Alternative zu zwei Staaten, das ist ein Staat ... wo zwei Völker Seit` an Seite und in Frieden und Sicherheit leben.“

„Die Beziehungen mit Israel neu gestalten“ heißt ein Abschnitt. Gleichwohl dürfe das nach wie vor beiderseitige Interesse an einem engen und guten Dialog nicht dazu führen, dass Israel die schleichende Annexion fortsetze. Hier müsse die EU deutlich auf unvermeidbare Veränderungen dringen mit einer Mischung von Anreizen und Abschreckung. Allerdings habe Israel schon „die meisten der süßesten Karotten bekommen“, bis hin zu dem Assoziationsabkommen mit zahlreichen Privilegien. Sie dürften nicht mehr ohne effektive Schritte zur Beendigung der Besetzung gewährt werden.

Norman Paech, Publizist, Politiker, Friedensaktivist, Professor em. für Politikwissenschaft und Öffentliches Recht, spezialisiert u.a. auf Verfassungs- und Völkerrecht (siehe auch bei Wikipedia). www.norman-paech.de

Der ungekürzte und illustrierte Beitrag ist zu finden unter BIP Aktuell 156 auf <http://bip-jetzt.de/bip-blog.html>

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet

ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

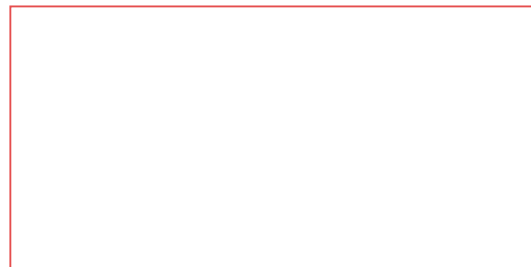
Herausgeber: AMOS e. V., Marl

c/o Rolf Euler, Cäcilienhöhe 32, 45657 Recklinghausen

E-Mail: amos-ev@web.de

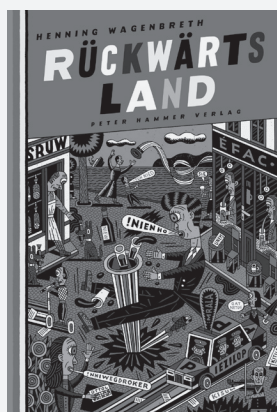
Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —



Neue Kinderbücher

im Peter Hammer Verlag



Henning Wagenbreth
Rückwärtsland
40 S., geb., 19,8 x 27,7 cm,
ab 8 und für alle
€ 25,-
ISBN 978-3-7795-0646-1

Henning Wagenbreth erzählt seine Geschichten rückwärts, wie ein Super-8-Film, von hinten abgespult. Ein Kunststück mit grandiosen Bildern und witzigen Reimen.



Jürg Schubiger • Eva Muggenthaler
Mein Bruder und ich und die Katze im Wald
Illustrationen von
Eva Muggenthaler
24 S., geb., 20 x 28 cm, ab 5
€ 15,-
ISBN 978-3-7795-0649-2

Ein Bilderbuch um allerlei Verwandlungen, feinsinnig erzählt, hinreißend illustriert.



Hanna Jansen
HASEN IN DER NASE
Illustrationen von
Leonard Erlbruch
120 S., geb., ab 7
€ 14,-
ISBN 978-3-7795-0658-4

Die Geschichte vom holprigen Start in ein fröhliches Kinderleben auf dem Land.



Andrea Karimé
Sterne im Kopf und ein unglaublicher Plan
128 S., geb., ab 10
€ 15,-
ISBN 978-3-7795-0651-5

Ein Kinderroman vom Verlassensein und neuen Freunden. Und von der Macht der Bücher.



Mehr Infos zum neuen Programm: www.peter-hammer-verlag.de